Bergischer Volksbote

Amtliches Verkündigungs-Blatt — **Burscheider Zeitung** — **für die Stadtgemeinde Burscheid**

Erscheint täglich mit Ausnahme Sonn- u. Feiertags
Bezugspreis: Monatlich durch unsere Boten gebracht einschließlich aller Beilagen 2 RM

Anzeigenpreise: 1 mm Höhe u. 45 mm Breite im Anzeigenteil 8, auswärts 12, im Reklameteil (65 mm breit) 30 Rpf — Anzeigen-Rabatt wird nur gewährt bei pünktlicher Zahlung

Beilagen Der Sport vom Sonntag (Montag), Unterhaltungsbeilage (Dienstag), Aus dem Reiche der Frau (Mittwoch) Unterhaltungs-Beilage (Donnerstag), Landmanns Sonntags-Blatt (Freitag), Der Sonntag (Samstag)

Nr. 176 — Redaktion u. Geschäftsstelle Burscheid, Mittelstraße 10 — **Burscheid, Freitag, 29. Juli 1932** — Postscheckkonto 28571 Köln, Fernsprech-Anschluß Nr. 431 — **72. Jahrgang**

Des Reichskanzlers Politik

Reichskanzler von Papen über Fragen der deutschen Politik

Reichskanzler von Papen äußerte sich der United Preß gegenüber eingehend über die Absichten seiner Regierung.

Der Kanzler hob zunächst hervor, der rascheste Weg zur Wiederherstellung der Wohlfahrt der Welt bestände darin, daß Deutschland seinen Platz an der Sonne zurückerhalte. Die Welt könne nicht wieder zu Wohlstand gelangen, bevor nicht Deutschland seine Stellung als gleichberechtigter Staat wieder einnehme. Das gelte sowohl für das moralische und politische Gebiet wie für Wirtschaftsfragen.

„Meine Regierung", erklärte er, „sieht ihre vornehmste Aufgabe darin, Deutschland die wirtschaftliche und politische Stellung im Völkerleben zurückzugewinnen, auf die es Anspruch hat. Bei Erfüllung dieser Funktion würden wir nicht nur die Lebensfähigkeit Europas erhöhen, sondern auch in erheblichem Maße zur Lösung der gesamten Weltkrisis beitragen. Dabei habe ich selbstverständlich im Auge, daß im Interesse der Welt den ungeheuerlichen Diskriminationen, deren Gegenstand Deutschland durch den Versailler Vertrag geworden ist, ein Ende gemacht werden muß und daß z. B. die moralische Aechtung, die in der Kriegsschuldlüge liegt, und in der Wegnahme unserer Kolonien zum Ausdruck kommt, die unter der Begründung erfolgte, daß wir die schlechtesten Kolonisatoren der Welt seien, abgeschafft werden muß. Der Kampf gegen diese Aechtungsbestimmungen wird unerbittlich fortgeführt werden."

Ueber die Stabilität seiner Regierung befragt, meint der Kanzler, daß sich wegen der Ungewißheit des Ausganges der Wahlen am Sonntag für das Geschick seiner Regierung kaum eine Prognose stellen lasse.

Er erwähnte jedoch die Möglichkeit, daß die Nationalsozialisten zusammen mit den Deutschnationalen eine Mehrheit im Reichstag erzielten oder daß diese Parteien gemeinsam mit dem Zentrum das neue Kabinett bildeten oder daß sie sich schließlich auf die Stützung der gegenwärtigen Regierung einigen könnten.

Auf die Frage, ob Deutschlands Forderung auf Gleichberechtigung in Rüstungsfragen bedeute, daß Deutschland aufrüsten wolle, wenn die anderen Mächte nicht abrüsteten, erklärte der Kanzler: „Nein, wir wollen ein Heer lediglich für unsere eigene Sicherheit und den Schutz unserer Grenzen, die keineswegs so gesichert sind wie die Grenzen Frankreichs.

Das heißt nicht, daß wir ein Heer verlangen, das Mann für Mann so stark sein muß wie das Frankreichs, sondern daß wir auf moralischer Ebenbürtigkeit und dem Recht bestehen, eine moderne militärische Ausrüstung zu besitzen."

Auf die Bitte, seine Auffassung über die deutsch-französischen Beziehungen näher darzulegen, betonte der Kanzler, daß er nie ein militärisches Bündnis zwischen Deutschland und Frankreich vorgeschlagen habe. Er habe jedoch bei Herriot gelegentliche Besprechungen zwischen den Generalstäben Deutschlands und Frankreichs angeregt, die dazu dienen sollten, Mißtrauen zu zerstreuen und beiden Staaten Sicherheit zu gewährleisten.

Auf die Frage, ob nach seiner Ansicht die Wiederherstellung Deutschlands auch die Wiedereinführung der Monarchie mit sich bringen würde, meinte der Kanzler u. a.: „Wir haben andere Probleme zu lösen, die weit wichtiger sind. Die ganze Frage ist heute einfach nicht aktuell."

Hinsichtlich der inneren Verhältnisse Deutschlands betonte der Kanzler, der Staat sei durchaus in der Lage, mit der Kommunistengefahr fertig zu werden. Der gegenwärtige Kampf seiner Regierung gegen den Kommunismus richte sich gegen den geistigen und kulturellen Bolschewismus. Er fügte hinzu, daß die Kommunistische Partei nach den Reichstagswahlen nicht aufgelöst oder außerhalb des Gesetzes gestellt werden soll.

Hinsichtlich der Privatverschuldung Deutschlands betonte der Kanzler, daß Deutschland durchaus die Absicht habe, seine Schulden zu tilgen. Wenn die Frage nach einer Herabsetzung der Zinsrate für Deutschlands private Schulden an das Ausland zur Erörterung komme, so werde Deutschland gewiß nicht einseitig Schritte in dieser Richtung unternehmen, sondern eine Einigung mit seinen Gläubigern zu erzielen suchen. Er hoffe zuversichtlich, daß durch eine Einigung mit Deutschlands Privatgläubigern ein Transfermoratorium umgangen werden könne.

Zum Schluß betonte der Kanzler die Enttäuschung, die in Deutschland Platz gegriffen hat, als der Erfolg der Lausanner Konferenz plötzlich durch die Art entwertet zu sein schien, in der das Gentleman-Abkommen zwischen England, Frankreich, Italien und Belgien und der französisch-englische Konsultativpakt ans Licht kamen und mißverstanden wurden.

Ueber die Aussichten für eine Ratifizierung des Lausanner Abkommens meinte der Kanzler: „Deutschland braucht sich nicht zu beeilen, den Vertrag zu ratifizieren, sondern wird zunächst abwarten, was die anderen Mächte tun."

Die Reichstagswahl

Abg. Dingeldey,

der Führer der DVP. sprach im Rahmen der politischen Rundfunkreden.

Er betonte eingangs, zu einer ruhigen, dauernden Regierung führe nur der Verzicht auf extreme Meinungen. In diese extreme Haltung sei aber das deutsche Volk durch den Gang der Ereignisse seit Versailles getrieben worden. Hinzugekommen sei, daß die Ausbeutung der Weimarer Verfassung zur Erreichung des reinen Parteistaates die Entartung der Demokratie im Gefolge gehabt habe, zugleich die Unterhöhlung des Pflichtbegriffs im Beamtentum. Abg. Dingeldey kam dann auf die Entwicklung der Opposition in der letzten Zeit zu sprechen.

Heimatlos, besitzlos und gedankenlos gewordene Deutsche, erklärte er, suchten in Massen ihr Heil bei denen, die mit irgendwelchen Zaubermitteln die plötzliche Wende des deutschen Schicksals versprächen — die Machthaber in Deutschland dagegen ständen mit geschlossenen Augen dieser Entwicklung gegenüber. Statt der anschwellenden Opposition rechtzeitig die Gelegenheit zur Verantwortung zu geben, hätten sie einzig daran gedacht, ihre Macht zu erhalten. Wenn der frühere Reichskanzler Brüning sich in seinen jetzigen Wahlreden darüber beklage, daß die kommende Wahl die Gefahr einer Vernichtung des Bürgertums in sich berge, dann müsse er an die eigene Brust schlagen und sich fragen, ob er nicht selbst durch seine Unentschlossenheit einer der Totengräber des bürgerlichen Gedankens in Deutschland geworden sei.

Weiter streifte der Redner das „Taschenspielerkunststück" der Abänderung der preußischen Landtagsgeschäftsordnung mit ihren Folgen, der Unmöglichkeit, eine neue Regierung zu schaffen, und setzte sich schließlich mit dem Sozialismus auseinander. Nicht der Massenwahn des Sozialismus, sondern die Bewertung der Leistung des einzelnen Menschen, wo er auch stehen möge, nicht die Entfesselung der wirtschaftlichen Kräfte, sondern die Entfesselung des freien Schaffendranges der Millionen Deutscher, das seien die Bahnen, auf denen allein Deutschland wieder gesunden könne. Die Volkspartei kämpfe in diesem Wahlkampf um die Einzelfragen der verschiedenen Berufsstände. In einer Zeit des Rausches an Paradeschritten seien es nicht Worte, die das Reich in schwerster Not wieder aufrichten könnten.

Dieser Wahlkampf sei der schwerste seit der Revolution. Nur wenn es gelinge, in der kommenden politischen Entwicklung inmitten kämpfender Massen wieder den ruhigen deutschen Bürger zur Geltung zu bringen, könne das Reich vor der fortschreitenden Zerstörung geschützt werden, an deren Ende das bolschewistische Chaos drohe.

Dingelden meinte weiter, wer den Marxismus mit dem Sozialismus austreiben wolle, erhalte für den Teufel den Beelzebub. Mit Geschrei und Demonstrationen, mit Gewaltherrschaft und Klassenkampf werde neben der inneren Freiheit auch die äußere Freiheit verspielt. Deshalb komme alles darauf an, gegenüber jeder Parteidiktatur den Kräften des sozialen Ausgleichs und des nationalen Bürgertums Geltung zu verschaffen. Stünden im neuen Reichstag nur die Extremen gegeneinander, dann gebe es keinen Aufbau. Deshalb habe die DVP. durch Abmachungen mit der DNVP. dafür Sorge getragen, daß jede Stimme, die für die DVP. abgegeben werde, auch der Partei zugute komme. Die DVP. bleibe national, liberal und sozial.

Dr. Hugenberg,

der deutschnationale Parteiführer, sprach von Königsberg aus über alle deutschen Sender. Für die Deutschnationale Volkspartei sei nicht die Erringung der Macht die Hauptsache, sondern die Ausnutzung der Macht zum Wiederaufbau des Staates und seiner Wirtschaft. Den Nationalsozialisten allein werde die Wahl wie in Preußen auch im Reich keine Mehrheit bringen. Es müsse eine starke Deutschnationale Volkspartei hinzutreten.

Wir wünschen nicht, fuhr Dr. Hugenberg fort, daß der schwarz-rote Parteistaat durch einen anderen Parteistaat abgelöst wird, auch nicht durch einen deutschnationalen oder nationalsozialistischen Parteistaat. Bei dem Neubau Deutschlands sollten wir uns vor aller Nachahmung des Ausländischen fernhalten. Das gelte auch für Aeußerlichkeiten, wie Uniformen und Gruß. Der neue Staat muß sich auf der reorganisierten Selbstverwaltung und einer organischen Verbindung zwischen Reich und Preußen aufbauen.

Wir brauchen ein gesundes Eigenleben der Länder und eine stetige Regierung, die nicht jeden Augenblick durch Parlamentsbeschlüsse gefährdet werden kann. Den Parlamenten muß das Recht genommen werden, die Minister abzusetzen.

Nach wie vor sind wir zur praktischen Zusammenarbeit mit den Nationalsozialisten bereit. Aber Maßnahmen, wie diese sie jetzt dem marxistischen Programm entlehnen, z. B. Verstaatlichung der großen Gesellschaften oder Einsetzung von Staatskommissaren in den Betrieben — das klingt sogar nach Sowjet-Rußland — machen wir aus unserem Gewissen heraus nicht mit und würden nötigenfalls auch eine gemeinsame Regierung daran scheitern lassen.

Wir glauben an Deutschland und seine Zukunft. Wenn alles wieder gut werden soll, müssen die bisher regierenden Mächte, Zentrum und Sozialdemokratie, völlig aus der Regierungsgewalt ausgeschaltet werden. Auch das Zentrum. Deutschland wäre verloren, wenn Zentrum und Nationalsozialismus sich finden und gemeinsam Deutschland regieren sollten. Das deutsche Wirtschafts- und Geistesleben ist dann dahin. Der übrigen Welt gegenüber würden wir bald zum belächelten Nichts werden.

Die Verwaltungsreform

Das „Hamburger Fremdenblatt" bringt einen Bericht über die Reformbeschlüsse für Preußen und teilt mit, daß Schleswig-Holstein von der Reform so gut wie gar nicht berührt werde; umsomehr aber räume man mit den Zwergverwaltungen in der Provinz Hannover auf. In der Umgebung von Hamburg erfolge eine Zusammenlegung folgender Landkreise: Lüneburg-Bleckede, Stade-Jork-Kehdingen, Norder- und Süderdithmarschen, Husum und Eiderstedt, Harburg und Winsen a. d. Luhe, Syke und Hoya sowie Osterholz und Blumenthal.

Eine Erklärung der „Kölnischen Volkszeitung"

Die „Kölnische Volkszeitung" erklärt in ihrer Freitagsausgabe unter der Ueberschrift „Ein Wahlmanöver" folgendes: In Zeitungsnachrichten wird die „Kölnische Volkszeitung" in Verbindung mit Subventionen gebracht, die sie angeblich von der Preußischen Regierung erhalten habe. Der Verlag der „Kölnischen Volkszeitung" erklärt, daß er niemals Subventionen von der Preußischen Regierung erhalten hat.

Personalveränderungen

im preußischen Staatsdienst

In der Sitzung des preußischen Staatsministeriums vom 27. Juli 1932 wurden folgende Personalveränderungen beschlossen:

Der Ministerialdirektor beim preußischen Staatsministerium, **Dr. Brecht,** wird mit Rücksicht auf die sich aus der Tatsache der Vertretung der bisherigen preußischen Staatsregierung vor dem Staatsgerichtshof für sein Amt ergebenden Schwierigkeiten in den einstweiligen Ruhestand versetzt; die Entscheidung über seine spätere Wiederverwendung bleibt vorbehalten.

Mit der kommissarischen Verwaltung der Geschäfte des Direktors der Verfassungsabteilung im Ministerium des Innern wird der Ministerialrat in diesem Ministerium, Dr. Schutze, beauftragt.

Der Regierungspräsident **Dr. von Bahrfeldt** in Königsberg i. Pr. wird in den einstweiligen Ruhestand versetzt. Mit der vertretungsweisen Verwaltung der Stelle des Regierungspräsidenten in Königsberg wird der Landrat **Friedrich** in Mohrungen beauftragt.

Die Vizepräsidenten der Regierung in Oppeln, **von Bosse,** und der Regierung in Schleswig, **Grimpe,** werden bis auf weiteres von ihren Dienstgeschäften beurlaubt.

Der Polizeipräsident **Dr. Bärensprung** in Magdeburg wird in den einstweiligen Ruhestand versetzt. Mit der kommissarischen Verwaltung der Stelle des Polizeipräsidenten in Magdeburg wird der Oberregierungsrat **Freiherr von Nordenflucht** beim Oberpräsidium in Magdeburg beauftragt.

Der Landrat Staatsminister a. D. **Siering** in Rauen wird auf seinen Antrag aus Gesundheitsgründen zum 1. Oktober d. J. in den Ruhestand versetzt.

Es werden in den einstweiligen Ruhestand versetzt: die Landräte **Brand** in Peine, **Christians** in Blumenthal, **Freter** in Kalaw, **Gauglitz** in Goldberg, **Glahn** in Usingen, z. Zt. in Eschwege, **Lufft** in Gerdauen, **Dr. Middelhause** in Ilfeld, **Dr. Sommer in Perleberg;** letzterer wird bei einer Regierung wieder verwandt werden. Der dem Landrat **Curtze** in Clausthal-Zellerfeld erteilte Auftrag zur Verwaltung des Landratsamtes in Goslar wird aufgehoben.

Der kommissarische Landrat **Holtz** in Wittenberg wird zum Landrat daselbst ernannt.

Der Regierungsrat **Dr. Fuchs** in Arnsberg wird mit der kommissarischen Verwaltung des Landratsamtes in Altena, Regierungsbezirk Arnsberg beauftragt.

Der Landrat a. W. **Dr. von Goßler** in Arnsberg wird mit der kommissarischen Verwaltung des Landratsamtes in Perleberg beauftragt.

Der Landrat a. W. **Dr Deichmann** wird mit der kommissarischen Verwaltung des Landratsamtes in Eschwege beauftragt.

Der Regierungsrat **Reeder** in Köln wird mit der vertretungsweisen Verwaltung des Landratsamtes in Segeberg beauftragt.

*

Aus Magdeburg, 28. Juli, meldet das Wolffbüro: Der Magdeburger Polizeipräsident **Dr. Bärensprung** ist heute nacht seines Amtes enthoben worden. Zu seinem vorläufigen Stellvertreter wurde Oberregierungsrat Sträter vom Polizeipräsidium ernannt. Dr. Bärensprung gehört der sozialdemokratischen Partei an.

Reformen
Eine Ankündigung Dr. Brachts

Der mit der Wahrnehmung der Geschäfte des preußischen Innenministers beauftragte Bevollmächtigte des Reichskommissars Dr. Bracht gibt bekannt:

In Ausführung der zweiten preußischen Sparverordnung vom 23. Dez. 1931 sind durch Verordnung des Staatsministeriums vom 27. ds. Mts. eine größere Anzahl von Landkreisen und Amtsgerichten eingespart worden. Die Einzelheiten dieser Verordnung können zurzeit noch nicht bekanntgegeben werden, da mit Rücksicht auf den Umfang des Gesetzgebungswerkes, das über einen Bogen umfaßt, sich eine Veröffentlichung in so kurzer Frist technisch nicht durchführen läßt; insbesondere auch deshalb, weil die Publikation einzelner Teile der Verordnung nicht den erforderlichen Gesamtüberblick geben würde und daher zu Mißverständlichkeiten und falschen Schlüssen führen könnte.

Abgesehen von diesen Einsparungen in der Lokalinstanz, stehen weitere Maßnahmen mit dem Ziele einer Konzentration in der Zentralinstanz bevor.

Mit der Reichsregierung sind Verhandlungen über eine engere Zusammenarbeit und zweckmäßigere Aufteilung der Aufgaben zwischen Reich und Preußen eingeleitet. Bei diesen Verhandlungen wird die Frage im Vordergrund stehen, ob die unter dem Zwang der Verhältnisse durch die Verordnung vom 8. Juni 1932 auferlegten drückenden Lasten wieder beseitigt oder wenigstens gemildert werden können.

Zusammenlegung niederschlesischer Landkreise

Die „Schlesische Volkszeitung" weiß zu den angekündigten Plänen einer Zusammenlegung von

Landkreisen zu berichten, daß für Niederschlesien folgende Regelung vorgesehen sei:

Die Zusammenlegung erfolgt bei den Kreisen Glatz-Neurode, Reichenbach-Nimptsch, Frankenstein-Münsterberg, Ohlau-Brieg, Schweidnitz-Striegau, Wohlau-Steinau, Liegnitz-Jauer, Landeshut-Bolkenhain, Goldberg-Hainau-Schönau-Grünberg-Freystadt, Sprottau-Sagan, wobei jeweils die erstgenannten Orte Sitz des neuen Kreises werden sollen.

Ministerialdirektor Brecht an den Reichskanzler

Der in den einstweiligen Ruhestand versetzte Ministerialdirektor im preußischen Staatsministerium, Dr. Brecht, hat an den Reichskanzler ein Schreiben gerichtet, worin er erklärt, die Amtsgeschäfte seines Hauptamtes als Bevollmächtigter zum Reichsrat könne ihm der Reichskanzler weder als solcher noch auf Grund des Artikels 48 als Reichskommissar abnehmen. Das gleiche gelte für seine Mitgliedschaft im Reichsschuldenausschuß.

Ablehnung des NSDAP.-Antrags auf Verfassungsänderung im Hessischen Landtag

Der Hessische Landtag behandelte einen nationalsozialistischen Antrag, die Verfassung dahin zu ändern, daß das Gesamtministerium auch aus dem Staatspräsidenten allein bestehen könne. In der Aussprache wurde vom Staatspräsidenten Adelung erklärt, daß dieser Antrag praktisch undurchführbar wäre, da bei der heutigen politischen Erregung ein einziger Minister die parlamentarische Verantwortung für ein Land wie Hessen allein nicht tragen könne. Selbst in Oldenburg, das ein Drittel kleiner sei als Hessen, hätten die Nationalsozialisten drei Minister eingesetzt. Der Antrag fand lediglich die Unterstützung der antragstellenden Nationalsozialisten sowie der Deutschnationalen und Landbundabgeordneten, so daß die notwendige Zweidrittelmehrheit nicht erreicht wurde.

Vom politischen Kampffeld

Schießlustige werden in Düsseldorf drei Monate eingesperrt

Die Polizeipressestelle in Düsseldorf teilt mit: In den letzten Wochen wurden des Nachts die Fensterscheiben der Geschäftsräume des Düsseldorfer Tageblatts in der Benrather Straße wiederholt eingeschlagen bzw. durch Schüsse zertrümmert. Die Täter flüchteten und entkamen unerkannt. In der Nacht zum 25. d. M. fiel in der Benrather Straße wiederum ein Schuß, der eine Scheibe derselben Räume durchschlug. Eine Zivilstreife der Polizei stellte unmittelbar darauf zwei Personen, von denen eine als Schütze festgestellt ist. Der Täter, ein 30jähriger Kaufmann, Angehöriger der NSDAP., wurde festgenommen. Der Polizeipräsident hat gegen den Schuldigen eine dreimonatige Polizeihaft verhängt.

In einer der letzten Nächte sind in der Nähe des Hauptbahnhofs auf der Straße Passanten von einem Manne mit einer Pistole grundlos bedroht worden. Eine hinzugerufene Polizeistreife nahm den Beschuldigten, der eine geladene Selbstladepistole in seinem Besitz hatte, fest. Die Feststellungen ergaben, daß es sich um ein Mitglied der NSDAP. handelt. Der Polizeipräsident hat auch in diesem Falle gegen den Schuldigen auf Grund der Verordnung des Reichspräsidenten eine dreimonatige Polizeihaft verhängt.

Beim Kleben erschossen

Aus Aachen teilt die Polizei mit: In der Nähe von Eilendorf begegneten sich in der vergangenen Nacht eine kommunistische und eine nationalsozialistische Klebekolonne. Es entwickelte sich eine Schlägerei, bei der auch Schüsse fielen. Ein Nationalsozialist wurde durch Bauch- und Lungenschüsse schwer verletzt und mußte in das Forster Krankenhaus geschafft werden, wo er im Laufe der Nacht starb.

Beim Kleben niedergestochen

In Lüdenscheid wurde eine kommunistische Klebekolonne nachts von Nationalsozialisten dabei überrascht, als sie ein Wahlplakat der NSDAP. abreißen wollte. Es kam zu einer Schlägerei, in deren Verlauf ein Nationalsozialist durch mehrere Messerstiche lebensgefährlich verletzt wurde. An seinem Aufkommen wird gezweifelt. Ein Kommunist wurde festgenommen.

Der Kasseler Waffendiebstahl aufgeklärt

Die Polizei hat den im Dezember 1930 in der Polizeiunterkunft Kassel ausgeführten Diebstahl von rund 80 Pistolen und 6000 Schuß Munition aufgeklärt. Als Haupttäter wurde der frühere Polizeiwachtmeister Krick festgestellt. Drei Angehörige der NSDAP. werden der Mittäterschaft beschuldigt. Ein Teil der gestohlenen Waffen ist bereits sichergestellt worden.

Waffenbeschlagnahme in Hamburg

Aus Hamburg meldet das Wolffbüro: Bei der Durchsuchung eines Verkehrslokals der Nationalsozialisten im Stadtteil Uhlenhorst wurden mehrere Schußwaffen sowie Stich- und Hiebwaffen gefunden und beschlagnahmt. 26 Mitglieder der NSDAP. wurden festgenommen.

Weiter wurden in letzter Nacht sieben der NSDAP. angehörende Personen festgenommen, die Passanten und Kraftwagen auf der Wandsbecker Chaussee anhielten und durchsuchten. Bei den Festgenommenen wurden mehrere Hiebwaffen beschlagnahmt.

Unerlaubter Waffenhandel

Eine Meldung aus Suhl berichtet: Die Polizei kam einem unerlaubten Verkauf von Waffen auf die Spur. Zwei zum Waffenhandel berechtigte Büchsenmacher haben nach den bisherigen Feststellungen der Polizei zunächst über das Ausland, später aber direkt 450 Pistolen und viele tausend Schuß Munition an einen Reichsbannerangehörigen in Werdau (Sachsen) verkauft. Die beiden Büchsenmacher wurden am Sonntag verhaftet, der eine in Suhl, der andere auf dem Eichsfeld. Beide sind dem Untersuchungsrichter zugeführt worden.

Klebekolonne beschossen — Ein Arbeiter schwer verletzt

In Frauendorf bei Stettin wurde eine aus 5 Mann bestehende kommunistische Klebekolonne von unbekannten Tätern beschossen. Der Arbeiter Otto Bublitz wurde dabei durch mehrere Schüsse schwer verletzt und mußte in bedenklichem Zustand in das Krankenhaus gebracht werden.

Totschlag

Ein Landwirtschaftsgehilfe aus Groß-Zössen, der der NSDAP. angehört, wurde bei Nacht in Kahnsdorf bei Borna auf der Rückkehr von einer Parteiversammlung von Kommunisten vom Fahrrad gerissen, geschlagen und erheblich verletzt. In der Notwehr stach er, wie die Polizei mitteilt, einem 21 Jahre alten Schlosser ein feststehendes Messer in die Brust und verwundete ihn tödlich. Der Täter wurde verhaftet.

5000 Mark Belohnung zur Aufklärung der Vorgänge in Altona

Die Staatsanwaltschaft Altona hat für die Ermittlung von Personen, die den Feuerüberfall am Sonntag, dem 7. Juli, vorbereitet oder daran als Schützen teilgenommen haben, eine Belohnung von 5000 RM. ausgesetzt.

Ein Toter in Kamen

In Kamen auf der Unnaer Straße kam es am Donnerstagabend zwischen Reichsbannerleuten und Nationalsozialisten zu einem schweren Zusammenstoß, bei dem Schüsse fielen. Ein Reichsbannermann wurde durch einen Lungensteckschuß so schwer verletzt, daß er auf dem Transport zum Krankenhause starb. Ein Nationalsozialist erlitt Schlagverletzungen. Die Polizei nahm im Laufe des Abends sechs Nationalsozialisten fest.

Auflösung einer sozialdemokratischen Versammlung

In der Jubiläumsturnhalle in Berlin-Spandau wurde eine Versammlung der SPD. wegen Verächtlichmachung und Beschimpfung der Reichsregierung aufgelöst. Die Auflösung vollzog sich ohne besondere Zwischenfälle.

Noch ein Brief Braun an den Reichskanzler

Der frühere preußische Ministerpräsident Braun hat einen offenen Brief an Reichskanzler von Papen gerichtet, in dem er behauptet, daß es nicht dem Kanzler gelungen sei, nachzuweisen, daß die Voraussetzungen für die Anwendung des Artikels 48 der Reichsverfassung gegen die preußische Staatsregierung gegeben gewesen seien. Es sei unrichtig, daß, wie der Kanzler sage, „die Entwicklung der politischen Verhältnisse in Preußen einer Reihe von maßgebenden Persönlichkeiten die innere Unabhängigkeit genommen habe, alle erforderlichen Maßnahmen zur Bekämpfung der staatsfeindlichen Betätigung der Kommunistischen Partei zu treffen". Die preußische Staatsregierung sei jeder staatsfeindlichen gegen die Gesetze verstoßenden Betätigung von rechts- und linksradikalen Parteien mit gleichen Mitteln auf das schärfste entgegengetreten.

Braun macht weiter der Reichsregierung den Vorwurf, daß die Verschärfung der politischen Gegensätze auf die entgegen den dringenden Warnungen der Länderregierungen erfolgte Aufhebung des Uniformverbotes zurückzuführen sei.

Das Verlangen, die preußische Staatsregierung habe grundsätzlich und von vornherein die Anhänger der Kommunistischen Partei anders als die der Nationalsozialistischen Partei zu behandeln, widerspreche der Reichsverfassung, die nur Staatsbürger einerlei Rechts kenne.

Zum Schluß behauptet Braun, daß durch die von der Reichsregierung getroffenen Maßnahmen nach jedem unbeeinflußten Rechtsempfinden die Verfassung des Deutschen Reiches wie des Freistaates Preußen verletzt worden sei. Die Einheit des Reiches sei durch diese unberechtigten Eingriffe auf das äußerste gefährdet. Nur die vorbildliche Disziplin und Besonnenheit der republikanischen Parteien habe, nach Brauns Auffassung, vor Blutvergießen und Bürgerkrieg bewahrt.

„Stumm schläft der Sänger . . ."

In Anwesenheit zahlreicher Vertreter der staatlichen und städtischen Behörden sowie der Sängerschaft fand heute im Krematorium des Münchener Ostfriedhofes die Einäscherung des Führers des Deutschen Sängerbundes, **Geh.-Rat Dr. Karl Hammerschmidt**, statt. Nach der Trauerrede des Geistlichen, der der Entschlossenheit, Herzensgüte, Hilfsbereitschaft, Religiosität und Vaterlandsliebe des Verstorbenen gedachte, sprachen die Vertreter der Trauerabordnungen Abschiedsworte. Die Feier wurde mit dem Liede „Stumm schläft der Sänger" beschlossen, das von Mitgliedern des Bayerischen Sängerbundes gesungen wurde.

Die Untersuchung wegen der Preußenwahlen

Das bisherige Untersuchungsergebnis wegen der Nachrichten über eine Beeinflussung der Preußenwahlen aus amtlichen preußischen Mitteln hat den Reichskommissar für das Land Preußen dazu veranlaßt, in dieser Sache und in einer Reihe von ähnlich gelagerten Fällen, die inzwischen bekannt geworden sind, den kommissarisch als Ministerialdirektor im preußischen Staatsministerium tätigen Ministerialrat Dr. Landfried und Ministerialrat Dr. Schütze im preußischen Innenministerium mit der Feststellung des Tatbestandes zu beauftragen.

Konflikt zwischen dem Kieler Polizeipräsidium und der NSDAP.

Das Polizeipräsidium in Kiel teilt mit: Am Mittwochvormittag fand im Polizeipräsidium eine Besprechung mit Vertretern der Kreisleitung der NSDAP. über die Frage des Auftretens Angehöriger uniformierter Organisationen in größeren Trupps im Straßenleben statt.

Nachdem der stellvertretende Polizeipräsident, Oberregierungsrat Thamm, den Zweck der Besprechung dargelegt hatte, erklärte der Kreisleiter der NSDAP., Landtagsabgeordneter Sunkel, daß er an einer Besprechung, bei der der leitende politische Kriminalkommissar Köhler zugegen sei, jetzt nicht mehr teilnehmen könne. Er empfinde es als Provokation der NSDAP., daß Kriminalkommissar Köhler, gegen den er in allgemeiner Form schwere Vorwürfe erhoben habe, jetzt noch an einer derartigen Besprechung beteiligt sei. Oberregierungsrat Thamm erklärte, daß er sich nicht von Parteien und Organisationen vorschreiben lassen könne, wen er an einer Dienstbesprechung beteilige. Dies sei mit der Staatsautorität unvereinbar. Im übrigen wolle er grundsätzlichen Entscheidungen staatspolitischer Art des bereits ernannten kommissarischen Polizeipräsidenten nicht vorgreifen. Die Besprechung wurde daraufhin abgebrochen.

Die Betreuung der Jugendarbeit durch die Regierung

In der Oeffentlichkeit sind verschiedene irrige Ansichten über die Pläne und Absichten der Reichsregierung hinsichtlich der Betreuung der Jugend in sportlicher und sittlicher Beziehung verbreitet.

Die zuständigen Stellen sind jetzt zu dem Entschluß gekommen, der Jugendarbeit eine positive Förderung zuteil werden zu lassen. Es ist dabei nicht etwa an die Subventionierung einzelner oder gar an die Bildung neuer Verbände gedacht, sondern vor allem daran, den bestehenden Verbänden durch die Schaffung von Ausbildungsmöglichkeiten für die Unterführer Gelegenheit zu geben, um die sportliche und sittliche Ertüchtigung der Jugend nach einheitlichen Richtlinien durchzuführen. Es ist damit zu rechnen, daß die Vorarbeiten für diese Pläne in der nächsten Woche zu einem gewissen Abschluß gelangen werden. Federführend ist das Reichsinnenministerium und nicht, wie verschiedentlich angenommen worden ist, das Reichswehrministerium.

Für die Förderung der Jugendarbeit kommen sämtliche Verbände in Frage, die an der Erziehung der Jugend in sportlicher und kultureller Beziehung mitarbeiten wollen. Ausgeschlossen, so meldet das Contibüro, werden dabei aber die kommunistischen Verbände sein, von denen anzunehmen ist, daß sie auch in ihren Jugendverbänden andere Ziele verfolgen.

Keine Neubesetzung des italienischen Botschafterpostens in Berlin

Gerüchte über eine Abberufung des italienischen Botschafters in Berlin, Orsini Baroni, werden in unterrichteten italienischen Kreisen als gegenstandslos und falsch bezeichnet.

Innenpolitisches

Der Rundfunk

Einigung zwischen Reich und Ländern

In der Sitzung des Reichsratsausschusses ist zwischen der Reichsregierung und den Ländern in der Frage der Neuregelung des Rundfunks eine völlige Einigung zustandegekommen und ein Ausgleich zwischen den Interessen der Länder und des Reiches geschaffen worden.

Es wurde eine Reihe von Leitsätzen festgelegt, nach denen in Zukunft der Rundfunk geleitet werden soll. Die Leitsätze, deren endgültige Revidierung noch nicht abgeschlossen ist, werden wahrscheinlich am Freitag veröffentlicht werden.

Strafantrag gegen hessische Nationalsozialisten und Zeitungsverbote

Nach einer amtlichen Mitteilung hat das hessische Gesamtministerium bei der Staatsanwaltschaft Strafanzeige gestellt gegen die nationalsozialistischen Landtagsabgeordneten Dr. Best, Wassung, Kern und den Gauleiter Lenz sowie gegen ihre Parteigenossen von Davidson und Stawinoga. Die Anzeige erfolgte wegen wissentlich falscher Anschuldigung und fußt auf der durch die Genannten beim Oberreichsanwalt gegen Minister Leuschner erhobenen Anzeige wegen angeblicher Begünstigung kommunistischer Hoch- und Landesverratspläne, die dem Gesamtministerium bekannt gewesen seien.

*

Der hessische Innenminister hat mit sofortiger Wirkung folgende nationalsozialistischen Blätter bis einschließlich 4. August verboten: „Hessische Landeszeitung", „Südwestdeutsche Landvolkzeitung", „Mainzer Tageszeitung", Rhein- und Hessebauer", „Niersteiner Rheinwache", „Oberhessische Tageszeitung", „Wormser Tageszeitung", „Offenbacher Nachrichten" und sämtliche etwaigen Kopfblätter oder Ersatzblätter dieser Zeitung.

Begründet wird das Verbot mit dem bei der Wiedergabe der kommunistischen Dokumente erhobenen Behauptung, die hessische Regierung dulde bewußt Gesetzwidrigkeiten allerschwerster Art.

Burgfrieden!

Die „Kölnische Zeitung" beschäftigt sich in einer Randnote mit den Maßnahmen, die sofort nach dem Wahlakt zur Anbahnung normaler politischer Zustände in die Wege geleitet werden müßten. Das Blatt empfiehlt einen auf etwa zwei Wochen begrenzten Waffenstillstand der Parteien von der Art des für die hohen kirchlichen Feste verordneten Burgfriedens. Ein verschärftes Kundgebungs- und Versammlungsverbot, verbunden mit einer gut begründeten Mahnung zur Besonnenheit würden genügen, um die so notwendige Entspannung einzuleiten.

Niederlage der Regierungsparteien im österreichischen Nationalrat

Zu Beginn der Sitzung des österreichischen Nationalrates wurde am Donnerstag bei der neuerlichen Abstimmung über das vom Bundesrat kürzlich an das Haus zurückverwiesene Bankengesetz ein von den Sozialdemokraten gestellter Zusatzantrag mit den Stimmen der Großdeutschen paragraphenweise angenommen. Die Niederlage der Regierungsparteien, die für die sehr unsichere Mehrheit des Kabinetts Dollfuß bezeichnend ist, hatte ihre Ursache in gegensätzlichen Stellungnahmen von drei Mitgliedern des Heimatblockes zum Anleihevertrag, die zum Protest gegen die von der Parteileitung beschlossene Annahme des Anleihevertrages inzwischen sogar ihre Mandate niedergelegt haben.

Danzig wehrt sich

Die Wirtschaftsverbände gegen die polnischen Vertragsbrüche

Die gesamten Verbände von Handel, Handwerk, Industrie und Landwirtschaft sowie der freien Berufe im Freistaat Danzig sind zu einer großen öffentlichen Kundgebung zusammengetreten und haben einmütig folgende Entschließung gefaßt:

Die Danziger Wirtschaft stellt vor aller Welt fest, daß Polen die Danzig auferlegte Zollunion und Wirtschaftsgemeinschaft dazu mißbraucht, die Lebensgrundlagen der freien Stadt Danzig zu vernichten. Ständig wachsen die offensichtlichen Vertragsbrüche gegen Danzig. Täglich werden Danziger Waren und Danziger Firmen diskriminiert. Danzig, bereits durch die Errichtung des Hafens Gdingen bedroht, wird vom polnischen Absatzmarkt systematisch abgesperrt und andererseits der Ueberflutung durch polnische Agrar- und Industrieerzeugnisse wehrlos preisgegeben. Durch polnische Zölle und Einfuhrverbote wird zudem die alte Seehandels- und Hafenstadt Danzig vom Weltmarkt nahezu abgeschnitten. Danzig treibt einer Katastrophe entgegen.

Die Danziger Wirtschaft verlangt, daß die Regierung, wenn eine sofortige und vollständige Vertragserfüllung seitens Polens nicht durchzusetzen ist, vor den Toren des Völkerbundes die Forderung aufstellt, daß das Verhältnis Danzigs zu Polen auf eine gänzlich veränderte Rechtsgrundlage gestellt wird, die der Freien Stadt Danzig und ihrer Bevölkerung wieder Lebensmöglichkeiten gibt.

Der Brennpunkt des Ostproblems

Im Rahmen „Grenzberichte" sprach Karl Lange (Danzig) über den Berliner Sender und die Deutsche Welle über „Danzig als Brennpunkt des Ostproblems".

Er führte u. a. aus, daß durch die Völkerbundsversammlung und die Osthilfeaktion der Reichsregierung die östlichen Fragen wieder stärker in den Vordergrund gerückt seien.

Für die Aufklärung über die Verhältnisse im Osten könne gar nicht genug geschehen, weil der Osten für die zukünftige Entwicklung des Reiches von ausschlaggebender Bedeutung sei. Der Redner kam dann auf die Maßnahmen zu sprechen, die Polen ergriffen habe, um die früher deutschen Gebiete in großem Maßstabe dem Verkehr zu erschließen. Die Gerüchte über die polnischen Absichten einer allmählichen Untergrabung Ostpreußens seien nicht leicht zu nehmen. Polen gehe seinen vorgezeichneten Weg und versuche, den alten polnischen Traum, die Einverleibung Danzigs in das polnische Staatsgefüge zu verwirklichen. Die vielen Streitfragen, die zum Teil bis auf das Jahr 1923 zurückgingen, seien freilich in letzter Zeit zumeist zugunsten Danzigs vom Haager Gerichtshof entschieden worden.

Der Redner ging dann auf die Polonisierung der früher deutschen Gebiete ein und behandelte die Taktik, die Polen Danzig gegenüber eingeschlagen habe. Trotz aller Bemühungen von polnischer Seite, hätten seinerzeit die Versailler Bestimmungen Polen keine politische Macht über Danzig gegeben. Nun hätte Gdingen dem Hafen Danzig den Todesstoß versetzen wollen. Wenn auch hier entschieden worden sei, daß Polen den Danziger Hafen benutzen müsse, so sei doch niemand da, der diese Entscheidung auch durchführe. All den polnischen Bestrebungen könne nur durch eine Förderung des deutschen Besuches entgegengewirkt werden. Trotz der großen internationalen Handelsbeziehungen der freien Stadt könne nichts ihr das deutsche Gepräge nehmen.

Die deutsche Schule

Der Reichsminister des Innern an die Unterrichtsminister der Länder

Der Reichsminister des Innern, Freiherr von Gayl, hat an die Unterrichtsminister der Länder ein Schreiben gerichtet, in dem er auf die Bedeutung der deutschen Jugenderziehung für die Wiederaufbauarbeit hinweist.

Die Frage des Reichsschulgesetzes harre noch immer der Lösung. Er hoffe, demnächst mit den Ländern die Voraussetzungen für eine Wiederaufnahme der Arbeiten an diesem Gesetz klären zu können und dabei die Erfahrungen der Länder in weitestem Maße heranzuziehen.

Das Schreiben enthält weiterhin eine Darlegung allgemeiner Gesichtspunkte für die Jugenderziehung. Die Erziehung zu Volk und Staat, zur Verantwortung und Opferfähigkeit gegenüber dem Ganzen wird als vor nehmste Aufgabe der Schule bezeichnet.

In Zukunft werde man die sachlichen Anforderungen wieder in allen Schularten steigern müssen, ohne die wertvollen pädagogischen und methodischen Neuerungen des letzten Jahrzehnts preiszugeben.

Die volks- und staatspolitische Erziehungsaufgabe der deutschen Schule stehe in scharfem Gegensatz zu der parteipolitischen Beeinflußung der Jugend. Die schrankenlose Verhetzung durch parteipolitische Organisationen sei schlimmste Versündigung und das Gegenteil der Erziehung zu echter Staatsgesinnung. Die bisherigen Maßnahmen zur Entpolitisierung der Schule seien nicht hinreichend. Leider hätten sich auch die Führer großer Parteien dem Ruf versagt, auf die parteipolitische Bearbeitung der wahlunmündigen Jugend zu verzichten. Parteiische Einseitigkeiten in der Personalpolitik und der Einführung von Lehrbüchern habe in der Elternschaft ein tiefes Mißtrauen gegen die Staatsschule erregt und innerhalb der Lehrerschaft Unsicherheit und parteipolitische Verbitterung hervorgerufen. Lehrer müssen deshalb keine Parteimänner, sondern Jugenderzieher sein, die in ihrer pädagogischen Haltung den überparteilichen Staatsgedanken verkörpern.

Die Erziehung zu echter Staatsgesinnung müsse ergänzt und vertieft werden durch eine deutsche Bildung, die sich auf die geschichtlich kulturelle Wertgemeinschaft des deutschen Volkes gründet und ein lebendiges Volksbewußtsein entwickelt.

Dieser Gedanke wird in dem Schreiben dann weiterhin mit Bezug auf die einzelnen Schularten entwickelt. Betont wird, daß die Erziehung zur Staatsgesinnung und zum Volksbürgertum ihre stärkste innerliche Kraft aus den Wahrheiten des Christentums empfange. Deshalb werde der Minister es als besondere Pflicht betrachten, die freie Entfaltung der christlichen Schule und die christliche Grundlage aller Erziehung zu sichern.

Weiter wird betont, daß die Schule auf die Unterstützung ihrer Arbeit durch Eltern, Staat und Volk angewiesen ist. Ueber die Schulerziehung hinaus werde der Minister daher alle Mittel der öffentlichen Kulturpflege der gestellten Aufgabe dienstbar machen.

Wo die Jugend sich selbst in ihren Bünden, in den Arbeitslagern, im freiwilligen Arbeitsdienst usw. Ansätze einer neuen sittlichen Ordnung schaffe, könne sie mit der ganz besonderen Anteilnahme und Förderung des Ministers rechnen.

Zum Schluß des Schreibens erbittet der Minister die vertrauensvolle Zusammenarbeit der Länderregierungen zu dem Ziele, durch die rechte Erziehung der deutschen Jugend die Zukunft Deutschlands zu sichern.

Polnisch-russischer Nichtangriffspakt im Einvernehmen mit Rumänien

Aus Warschau, 28. Juli, wird berichtet: Das polnische Außenministerium betont gegenüber der abfälligen Kritik eines Teiles der französischen und der rumänischen Presse an der Unterzeichnung des russisch-polnischen Nichtangriffspaktes in einer Erklärung, daß die Unterzeichnung dieses Paktes durch Polen in vollem Einvernehmen mit der rumänischen Regierung erfolgt sei. Der Pakt bedeute in der Praxis keine Veränderung der bisherigen Lage in Osteuropa, sondern beabsichtige nur, ihre Fortdauer sicherzustellen. In bezug auf den Abschluß eines polnisch-russischen Handelsvertrages seien bisher keinerlei Schritte unternommen worden.

Zugleich wird der Wortlaut einer Unterredung mitgeteilt, die in Karlsbad der dort zur Kur weilende Außenminister Zaleski dem Vertreter eines amerikanischen Blattes gewährt hat. Danach hat Zaleski erklärt, daß der neue Pakt mit der Sowjetunion die bisherigen internationalen Verpflichtungen Polens völlig unberührt lasse.

Beitritt Oesterreichs zum englisch-französischen Vertrauensabkommen

Die österreichische Regierung hat durch ihren diplomatischen Vertreter in London erklären lassen, daß Oesterreich dem französisch-englischen Vertrauensabkommen beizutreten wünsche.

Was aus einem Aprilscherz werden kann

In französischen und holländischen Zeitungen sind in den letzten Tagen verschiedentlich sensationelle Meldungen über deutsche Geheimrüstungen gebracht worden, in denen auch davon die Rede ist, daß vor einigen Monaten mit Raketengeschossen in Ostpreußen eine derartige Rakete im Park des Osloer Königsschlosses niedergefallen sei, gerade während der König von Norwegen an den Tauffeierlichkeiten seines Enkels in unmittelbarer Nähe der Einschlagstelle teilgenommen habe. Es soll sich, den erwähnten Zeitungen zufolge, dabei um Versuche mit einem Atlantikgeschoß handeln.

Die ganze Geschichte beruht auf einem mißverstandenen Aprilscherz, der am 1. April in Oslo viel belacht worden ist. Osloer Zeitungen hatten damals von einem solchen Raketengeschoß geschrieben und dazu ausgeführt, der deutsche Gesandte habe den König um Rückgabe der Rakete und Geheimhaltung der Angelegenheit gebeten. Die Zeitungen brachten seinerzeit sogar Bilder von der Auffindung der Rakete. So können aus einem Aprilscherz sogar deutsche Geheimrüstungen werden.

Fliegerunglück - Fliegertod

In der Luft zusammengestoßen

Das dreimotorige Junkers-Flugzeug JU. 52 der Deutschen Lufthansa, das im Schweizer Alpenrundflugwettbewerb für Verkehrsflugzeuge unter Führung des Flugkapitäns Polte den 1. Preis errungen hat, wurde Donnerstag nachmittag auf dem Rückflug nach Berlin über dem Flugplatz Schleißheim von einer Flamingo-Sportmaschine der Deutschen Verkehrsfliegerschule gerammt. Das linke Fahrgestell der JU. 52 wurde abgerissen; das Flugzeug mußte in einem Kornfeld landen, wobei die Maschine ziemlich schwer beschädigt wurde. Besatzung und Insassen der JU. 52, insgesamt sechs Personen, blieben unversehrt, während der Führer der Flamingo-Maschine schwere Verletzungen erlitt.

Beisetzung Günther Grönhoffs

In Frankfurt (Main) fand unter außerordentlich starker Beteiligung aus allen Kreisen der Bevölkerung die Beisetzung der sterblichen Ueberreste des kürzlich verunglückten Günther Grönhoff statt. Nach der Trauerrede des Geistlichen, der seine Ansprache mit den Worten Lilienthals „Opfer müssen gebracht werden", schloß, sprachen Vertreter der Stadt Frankfurt (Main), der deutschen Segelflieger, der Rhön-Rossitten Gesellschaft, der Internationalen Studienkommission für das Segelflugwesen, der Frankfurter Landeskirche und einer ganzen Reihe anderer Verbände. Während der Feier kreisten mehrere Flugzeuge über dem von der Stadt Frankfurt gestifteten Ehrengrab.

Ein Flugzeug brach in der Luft auseinander — Drei Tote

Bei einem Flugzeugabsturz in der Nähe von Farnham (Surrey) verunglückte der 23jährige Graf Otto Erbach-Fürstenau tödlich. Dem Unfall fielen außerdem die Gattin des konservativen Unterhausmitgliedes Bowsom und ihr Sohn zum Opfer.

Die Katastrophe ereignete sich unweit von Churt, wo Lloyd George und Viscount Snowden Landhäuser besitzen. Augenzeugen berichten, daß das Flugzeug, eine sogenannte Motte, in beträchtlicher Höhe bei starkem Wind in Stücke brach und abstürzte. Die drei Insassen fielen heraus, und ihre Körper schlugen in beträchtlicher Entfernung von einander auf dem Boden auf. Sie konnten erst nach stundenlangem Suchen gefunden werden.

Eine weitere Meldung berichtet: Der Ort des gemeldeten Flugzeugunglücks in Surrey liegt anderthalb Kilometer von Lloyd Georges Haus entfernt und ist, da es sich um militärisches Uebungsgelände handelt, von Soldaten abgesperrt. Ein Soldat, der Augenzeuge der Katastrophe war, teilte mit, daß das Flugzeug aus den Wolken herabstürzte. Eine Tragfläche fehlte, die andere hing lose. Vor dem Aufschlagen auf die Erde fielen die drei Insassen heraus. Eine Tragfläche wurde ungefähr zwei Kilometer entfernt von dem Rumpf gefunden, die Leichen ungefähr einen halben Kilometer entfernt. Die Leiche des Grafen Erbach-Fürstenau wurde mit Hilfe einer bei ihm gefundenen Zigarettentasche erkannt, in der sein Name eingraviert war.

Zwei polnische Kampfflugzeuge abgestürzt — 4 Tote

Zwei polnische Kampfflugzeuge stürzten ab, das eine bei Konin an der Warthe, das andere bei Lemberg. Die je zwei Insassen wurden getötet.

Die weiteren Pläne v. Gronaus

Wolfgang von Gronau gab in einem längeren Telegramm an seine Heimatvermittlungsstelle seine nächsten Flugabsichten bekannt: Am Freitag wird von Gronau nach Ottawa, der kanadischen Hauptstadt, weiterfliegen. Am Sonnabend ist die Landung in Chicago zu erwarten. Mittwoch nächster Woche wird der Dornierwal die deutsche Kolonie in Milwaukee besuchen.

Aus Montreal, 27. Juli, wird berichtet: Der Flieger von Gronau und seine Gefährten wurden heute nachmittag durch ein Spalier jubelnder Menschenmassen nach dem Rathaus geleitet, wo ihnen namens der Stadt ein offizieller Empfang durch den Bürgermeister bereitet wurde. Von Gronau erklärte, der Flug habe wichtige Erfahrungen hinsichtlich des geplanten transatlantischen Postflugzeugdienstes über die nördliche Route ergeben.

Kriegsschuldenrevision

Auch Senator Watson fordert Abrüstung vor Schuldenrevision

Reuter berichten aus Washington, 27. Juli: Der amerikanische Botschafter in Paris, Edge, hat heute Herriot informiert, die Grundlage der Zusammenarbeit Frankreichs und der Vereinigten Staaten liege in der Abrüstung.

Es verlautet in Washington, daß die amerikanische Regierung keine Initiative zur Revision der Kriegsschulden zu ergreifen gedenkt, und daß sie für eine Revision auf jeden Fall eine drastische Abrüstung als Preis verlangen will. Die Erklärung des Botschafters fällt zusammen mit einer Aeußerung des republikanischen Führers, Senators Watson, der heute erklärte, die Einleitung zu einer Weltwirtschaftskonferenz, auf der entsprechend dem Vorschlage des Senators Borah die Kriegsschulden erörtert werden würden, müsse in der Abrüstung Europas bestehen. Er sagte: Es ist undenkbar, daß wir den Europäern erlauben, das Geld, das sie uns schulden, zu behalten, und sie auf diese Weise in den Stand zu setzen, ihre militärischen Rüstungen zu vermehren. Soweit wir sehen können, ist dies aber ihr Ziel.

Obige Aeußerung des Senators Watson wird verschiedentlich so aufgefaßt, daß er sich bemüht, der Regierung die Idee auszureden, an einer internationalen Konferenz teilzunehmen, bevor Europa neue Schritte in Richtung auf Abrüstung getan hat. Ferner wird sie als Wahlpropaganda angesehen, die geeignet ist, die republikanische Partei gegen den Vorwurf zu verteidigen, daß sie amerikanisches Geld ohne Gegenleistung weggeben wolle.

Borah bei Stimson

Reuter meldet aus Washington, 27. Juli: Senator Borah besprach sich gestern abend mit Staatssetretär Stimson über den von ihm in seiner Rundfunkansprache vorgebrachten Vorschlag. Die Unterredung erfolgte auf Einladung Stimsons. Beide Staatsmänner lehnten es ab, sich über das Ergebnis der Besprechungen zu äußern. Man hat allgemein den Eindruck, daß Borah in seiner Haltung von Stimson bestärkt worden ist.

Nach einer Meldung des New York Herald erklärte Borah über seine Unterredung mit Stimson, daß das Staatsdepartement seinem die Schuldenstreichung befürwortenden Vorschlag nicht feindlich gegenüberstehe. Borah fordere nach wie vor die internationale Konferenz zur Regelung des Schuldenproblems. Nach der gleichen Meldung des New York Herald hat auch der amerikanische Botschafter in London, Mellon, mit Stimson eine Unterredung über das Schuldenproblem und die englisch-amerikanischen Beziehungen gehabt.

Militär gegen die Veteranen in Washington?

Aus Washington, 28. Juli, wird dem Wolffbüro gemeldet: Die Behörden haben die Einsetzung von Bundestruppen angeordnet, nachdem der Versuch der Polizei mißlungen war, die hier noch anwesenden, für die Auszahlung des Bonus demonstrierenden Kriegsveteranen zur Räumung des von ihnen als Unterkunft benutzten Hauses zu bewegen. Die Auseinandersetzungen zwischen der Polizei und den Veteranen waren erst in Schlägereien, sodann in Schießereien ausgeartet, wobei — soweit bis jetzt gemeldet — ein Polizist und ein Veteran getötet und ein weiterer Veteran schwer verletzt wurden.

Protestkundgebung gegen das katalanische Statut

In Madrid fand eine von mehr als 20 000 Personen besuchte öffentliche Kundgebung gegen das katalanische Statut statt. Ein Redner bezeichnete es als einen unerträglichen Zustand, daß die Katalanen eine eigene Nation im spanischen Reich bilden wollten. Seine Ausführungen fanden lebhaften Beifall.

Allerlei aus England

Hendersons Zuversicht

„Star" veröffentlicht ein Interview mit Henderson, in dem sich dieser zuversichtlich über den weiteren Verlauf der Abrüstungskonferenz ausspricht. Henderson wird am 18. September nach Genf zurückkehren, um die Arbeit in dem Konferenzbüro fortzusetzen, und beabsichtigt, die Vollkonferenz nicht einzuberufen, ehe das Büro endgültige und substanzielle Vorschläge unterbreiten kann. Wir haben, sagte Henderson, den Hoovervorschlag, die Simon-Resolution und die Klausel des Versailler Vertrages, wonach Deutschland der Abrüstung als vorbereitenden Schritt zur allgemeinen Abrüstung seitens der Siegerstaaten zustimmt, noch nicht abgetan. Diese drei Punkte sind die Hauptgründe für meinen Optimismus. Zu dem englisch-französischen Uebereinkommen meinte Henderson, einige Teile der britischen Presse hätten ihm größere Bedeutung gegeben, als ihm zukomme, aber er glaube nicht, daß es irgendwelchen Schaden anrichten werde, oder daß es etwas Neues sei.

Irland und die britische Kohle

Wie aus Dublin amtlich gemeldet wird, werden die bei der Inkraftsetzung der neuen Zollsätze bereits bestellten und unterwegs nach Irland befindlichen Kohlenschiffsladungen die neuen Zollabgaben nicht zu entrichten haben. Die bezahlten Abgaben dieser Art werden zurückerstattet werden.

Ein britischer Zollvergünstigungsplan mit den Dominions

Der Sonderkorrespondent des Daily Telegraph in Ottawa will wissen, daß die britische Delegation auf der Reichswirtschaftskonferenz einen Zehnjahrplan vorzuschlagen beabsichtige. Er würde darin bestehen, daß der britischen Ausfuhr nach den Dominions eine fortschreitende Verminderung der Zölle gewährt wird und daß Großbritannien als Gegenleistung die Verpflichtung übernehmen würde, Zölle auf alle ausländischen Erzeugnisse zu legen, die den Erzeugnissen der Dominions Konkurrenz machen. Dieses System würde den Vorteil haben, daß den Dominions sofortige Hilfe zuteil würde, daß die Störung des Welthandels eine geringere wäre und daß die Welt sich wahrscheinlich veranlaßt sehen würde, die Tarifschranken abzubauen.

Gouverneur Schnee in Japan



Der frühere Gouverneur von Deutsch-Ostafrika, Exzellenz Dr. Heinrich Schnee, der gegenwärtig als Mitglied der Völkerbundkommission zur Klärung des chinesisch-japanischen Konfliktes im Fernen Osten weilt, studiert auf seiner Reise auch japanische Schauspielkunst. Unsere Aufnahme zeigt ihn beim Besuch eines Theaters in Tokio, wo er von dem berühmtesten japanischen Schauspieler, Sadanji Ichikawa, begrüßt wurde

Südamerikanisches

Der Streit zwischen Bolivien und Paraguay

Aus La Paz, 28. Juli, wird gemeldet: Der bolivianische Kongreß wird am 6. August zusammentreten, um über die von der Regierung wegen des Konflikts mit Paraguay vorzuschlagenden Maßnahmen Beschluß zu fassen.

Die Zeitung „Notivias Graficas" meldet, das bolivianische Volk verlange leidenschaftlich den Krieg gegen Paraguay. 10 000 Mann seien von der bolivianischen Regierung im Gebiet des Gran Chaco mobilisiert worden. Der bolivianische Außenminister ist in Santiago de Chile eingetroffen, um sich Chiles Unterstützung für eine friedliche Beilegung des Konfliktes zu sichern.

Anerkennung der chilenischen Regierung durch den Vatikan

Aus Santiago de Chile wird berichtet: Der Vatikan und Panama haben haben die neue chilenische Regierung anerkannt.

Der Aufstand in Brasilien

Aus Rio de Janeiro, 28. Juli, wird gemeldet: Regierungstruppen in Stärke von 8000 Mann haben in einem Gefecht bei Faxina 350 Aufständische gefangen genommen. Der Präsident des Bundesstaates Rio Grande de Sul soll beschlossen haben, den Staat Sao Paulo gegen die Regierung des Präsidenten Vargas zu unterstützen.

Wählt Nationalsozialisten!
Liste 2

Jetzt ruht ein treues Mutterherz
Vom Erdenleiden aus,
Ihr Geist entschwang sich himmelwärts
Und ist bei Gott zu Haus.
Nur einmal hat sie uns betrübt
Und zwar durch ihren Tod,
Stets hat sie Gott und uns geliebt
In Freud' und Leidesnot,
Der herbe Schmerz bleibt uns hinieden,
Schlumm're sanft und ruh' in Frieden.



Gott dem Allmächtigen hat es gefallen, heute morgen 5 Uhr meine innigstgeliebte Gattin, unsere herzensgute, unvergeßliche Mutter, Schwiegermutter, Großmutter, Schwester, Schwägerin und Tante

Frau Johann Buckers

Maria Sophia geb. Geenen

nach längerem, mit Geduld ertragenem Leiden, versehen mit den hl. Sterbesakramenten der kath. Kirche, im Alter von 63½ Jahren, zu sich in die Ewigkeit abzurufen.

Um ein stilles Gebet für die liebe Entschlafene bitten

die trauernden Hinterbliebenen

Burscheid, Köln, Ronsdorf, Kuckenberg, Nieukerk u. Weeze, den 28. Juli 1932.

Die Beerdigung findet am Samstag, den 30. Juli, nachmittags 4 Uhr, vom Sterbehause, Talstraße 13, aus statt.

Die feierlichen Exequien finden Samstagmorgen 7 Uhr in der Pfarrkirche zu Burscheid statt.

Bekanntmachung

Der Bezirksausschuß zu Düsseldorf hat am 5. Juli d. Js. unter Nr I. C. 1222/32/1 dem auf Grund der Preußischen Sparverordnung vom 12. Sept. 1931 am 12. Mai 1932 gefaßten Beschluß des Verwaltungsorgans der Stadtgemeinde Burscheid über die Höhe der Realsteuerzuschläge für das Rechnungsjahr 1932 seine Genehmigung erteilt.

Zur Deckung des Kommunalsteuerbedarfs der Stadtgemeinde Burscheid werden demnach erhoben:

1. **als Gemeindegrundsteuer**
   260 Prozent Zuschläge zu den staatlichen Sätzen der Grundvermögensteuer der landwirtschaftlich, forstwirtschaftlich und gärtnerisch genutzten Grundstücke,
   290 Prozent Zuschläge zu den staatlichen Sätzen der Grundvermögensteuer der übrigen Grundstücke;
2. **als Gemeindegewerbesteuer**
   540 Prozent Zuschläge von den Grundbeträgen der Gewerbeertragssteuer,
   1400 Prozent Zuschläge von den Grundbeträgen der Gewerbekapitalsteuer
   und als Zweigstellensteuer
   648 Prozent Zuschläge von den Grundbeträgen der Gewerbeertragssteuer, sowie
   1680 Prozent Zuschläge von den Grundbeträgen der Gewerbekapitalsteuer von Warenhandelsunternehmungen, die auswärts ihren Hauptsitz haben und in Burscheid Filialbetriebe unterhalten.

Burscheid, den 27. Juli 1932.

Der Bürgermeister: Rohde.

Neue deutsche Fettheringe

10 Stück nur 50 Rpf

Ia neues Sauerkraut

per Pfund nur 14 Rpf

„Einigkeit“

Postkarten in jeder Ausführung liefert schnell und billig die Buchdruckerei dieser Zeitung

Die letzten Tage meines

Saison-Schluß-Verkaufs

bringen Ihnen große Vorteile!
Die Preise sind noch billiger!

Ein Posten **Damen-Mäntel**
für kleine Figuren, in dunkelblau und schwarz
weit unter Einkaufspreis

Ein Posten **Herren-Oberhemden**
Halsweite 40, 41 und 42
zu Ausnahme-Preisen

Beachten Sie meine Spezial-Auslagen
„Für den Regen“
Remscheider Straße

Modernes Kaufhaus
Alwill Thomas jr.
Wermelskirchen

Einladung zum Konzert

der erblindeten Konzertsängerin Käte Josefiak-Dietz am **Samstag, den 30. Juli,** abends 8 Uhr, in der **Schützenburg Burscheid.**

Blinde nebst Führer haben freien Zutritt.

Kassenöffnung 7.45 Uhr. Anfang 8 Uhr.

Preuß. Klassen-Lotterie

Das Einlösen der Lose zur Hauptziehung hat pünktlich bis zum 1. August zu geschehen.

Otto Weber, Burscheid
Fernsprecher 539.

Weine Weinbrand Liköre

Fernruf 601 **P. Hamacher, Burscheid** Hauptstr. 1b

Alter Berg. Korn o. Gl. 1 Liter 2.25

Bauholz
Bretter
Dielen, Latten, Rahmen u Fußboden in allen vorkommenden Breiten und Stärken
Fußleisten, Spalierlatten Kalk-, Hohl- und Tapeten-Leisten

zu den billigsten Tagespreisen stets vorrätig

Oskar Heinrichs
Holzhandlung u. -Bearbeitung
Burscheid, Fernspr. 520.

Kraus- und Butterkohl-Pflanzen
hat abzugeben
Bernhard Höpken
Grünscheid.

Gebr. Herd
zu verkaufen.
Zu erfragen in der Geschäftsstelle dieser Zeitung.

Schönes
Gerstenstroh
sowie auch anderes Stroh haben abzugeben
Geschw. Wietscher, Hüscheid, Fernsprecher 154 Amt Opladen.

DER GROSSE HERDER
12 Bände u. 1 Welt- und Wirtschaftsatlas

Wissen der Gegenwart
Fürs praktische Leben
Rat und Führung
Für Geist und Seele

Auskunft beim Buchhändler oder bei Herder, Freiburg i.B.

Fahrpläne

zum Preise von 30 Pfennig sind zu haben in der Geschäftsstelle dieser Zeitung

Es gibt nur einen Weg zur Rettung Deutschlands -

Das ist der Weg des Rechts!

So wählst Du

11a | Volksrecht-Partei | 11a | ⊗

Bergischer Volksbote

Druck und Verlag von Hermann Claas, Burscheid

Burscheider Zeitung

Nr 176 2. Blatt Freitag, 29. Juli 1932

ADAC-Ferienfahrt 1932

Die Ausschreibung zu der großen Ferienfahrt des Gau Rheinland (ADAC) ist erst vor wenigen Tagen erschienen. Bereits heute liegen hunderte von Anfragen aus den Kreisen der Mitglieder vor, ein Beweis wie groß das Interesse der Motorsportler für diese einzigartige Deutschlandfahrt ist, die, beginnend am 12. August, von Köln in den Harz durch Thüringen, Nordbayern, Württemberg und den herrlichen badischen Schwarzwald in 8 Tagesetappen mit 3 Ruhetagen ins wunderschöne Land des Breisgau führt, wo am Tage nach dem Abschluß der Fahrt, am 21. August, der „Internationale Bergrekord für Motorräder, Renn- und Sportwagen" stattfindet. Der ADAC, Gau 4, hat bekanntlich alles versucht, um seinen Mitgliedern die Beteiligung an dieser Fahrt zu erleichtern, hat auch aus diesem Grunde allen Fahrtteilnehmern die kostenlose Belieferung des Treibstoffs (Benzin) zugesagt.

Die Kosten der Fahrt, deren Durchführung hinsichtlich Quartier- und Verpflegung durch den Gau 4 übernommen wird, betragen einschließlich aller Quartier-, Verpflegungs- und Neben-Kosten (Gesellschaftsfahrten, Theaterbesuch, Trinkgelder usw.) 120 RM. Nähere Einzelheiten sind aus der Ausschreibung zu ersehen, die durch die Geschäftsstelle des ADAC, Gau 4 (Rheinland) Köln, Deutscher Ring 17 bezogen werden kann.

Genehmigte Realsteuerzuschläge

Der Bezirksausschuß zu Düsseldorf hat am 5. Juli dem aufgrund der preußischen Sparverordnung vom 12. September 1931 am 12. Mai 1932 gefaßten Beschluß des Verwaltungsorgans der Stadtgemeinde Burscheid über die Höhe der Realsteuerzuschläge für das Rechnungsjahr 1932 seine Genehmigung erteilt.

Zur Deckung des Kommunalsteuerbedarfs der Stadtgemeinde Burscheid werden demnach erhoben:

als Gemeindegrundsteuer

260 Prozent Zuschläge zu den staatlichen Sätzen der Grundvermögenssteuer der landwirtschaftlich, forstwirtschaftlich und gärtnerisch genutzten Grundstücke,

290 Prozent zu den staatlichen Sätzen der Grundvermögenssteuer der übrigen Grundstücke;

als Gemeindegewerbesteuer

540 Prozent Zuschläge von den Grundbeträgen der Gewerbeertragssteuer,

1400 Prozent Zuschläge von den Grundbeträgen der Gewerbekapitalsteuer,

und als Zweigstellensteuer

648 Prozent Zuschläge von den Grundbeträgen der Gewerbeertragssteuer sowie

168 Prozent Zuschläge von den Grundbeträgen der Gewerbekapitalsteuer von Warenhandelsunternehmungen, die auswärts ihren Hauptsitz haben und in Burscheid Filialbetriebe unterhalten.

8 Millionen Jungwähler seit 1919

Während die Zahl der Stimmberechtigten zur Nationalversammlung 1919 rund 36,7 Millionen betrug, wird sie voraussichtlich diesmal auf 44,5 Millionen steigen. Das bedeutet eine Zunahme der Jungwähler um rund 8 Millionen. Wenn alle deutschen Jungwähler Stimmen abgeben, würde das allein einen Zuwachs von 133 Mandaten seit 1919 bedeuten.

Einheitsstimmzettel der Reichstagswahl

Wir veröffentlichen nachstehend den bei der Reichstagswahl am kommenden Sonntag, den 31. Juli, im Wahlkreis Nr. 22 Düsseldorf-Ost zugelassenen Einheitsstimmzettel. Er wird amtlich hergestellt und am Wahltage während der Wahl nur in den Wahllokalen ausgegeben, in gleicher Weise wie der amtlich hergestellte Stimmzettelumschlag. Die Größe des Stimmzettels ist so eingerichtet, daß er zweimal gefalten in den Umschlag gesteckt werden kann.

So sieht der Stimmzettel aus

Wahlkreis Düsseldorf-Ost

1	**Sozialdemokratische Partei Deutschlands** Dr. Hilferding — Agnes — Daum — Richter	1	○
2	**Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei** (Hitlerbewegung) Florian — Veller — Börger — Oppermann	2	○
3	**Kommunistische Partei Deutschlands** Thälmann — Schulte — Hennig — Overlach	3	○
4	**Deutsche Zentrumspartei** Dr. Brüning — Giesbertz — Dr. Weber — Schlack	4	○
5	**Deutschnationale Volkspartei** Dr. Hugenberg — Dr. Koch — Dr. Spahn — D. v. Tilling	5	○
6	**Deutsche Volkspartei** Dr. Boehm — Thöne — König — Schick	6	○
7	**Reichspartei des deutschen Mittelstandes** (Wirtschaftspartei) e. V. Dr. Schmidt-Hoepke — Witzler — van Lin — Röseler	7	○
8	**Deutsche Staatspartei** Dr. Lüders — Helbeck — Nolting — Neuroth	8	○
11	**Christlich-sozialer Volksdienst** (Evangelische Bewegung) Dr. Schröder — Dannert — Möbius — Pilger	11	○
11a	**Volksrecht-Partei** Pohl — Leve — Casaretto	11a	○
17	**Sozialistische Arbeiter-Partei Deutschlands** Seydewitz — Zöllig — Voutta — Kersting	17	○
21	**Polenliste** Dr. Domanski — Dr. Kaczmarek — Olejniczak — Kwiatkowski	21	○
24	**Kampfgemeinschaft der Arbeiter und Bauern** Goschin — Pauls — Höhle — Diedrichs	24	○
25	**Freiwirtschaftsbewegung FFF** Eicker — Christans — Krah — Kocherscheidt	25	○
28	**Arbeiter- und Bauernpartei Deutschlands** Christlich-radikale Volksfront Heller — Hofmeister — Lieber — Lohest	28	○

Kinderfürsorge in der Rheinprovinz

Unter den derzeitigen Kassenschwierigkeiten beim Landesfürsorgeverband ist es nicht mehr möglich, die Kindergesundheitsfürsorge in derselben Weise, wie den Bezirksfürsorgeverbänden in frühern verschiedenen Rundschreiben mitgeteilt, weiter durchzuführen. Bekanntlich wurden bisher die Rechnungen der belegten Heime, soweit es sich um unmittelbar durch den Landesfürsorgeverband durchgeführte Kuren handelte, zunächst in voller Höhe durch den Landesfürsorgeverband beglichen und erst nach Abführung dieser Beträge an die Heime der 50prozentige Kurkostenanteil von den örtlichen Entsendestellen zurückgefordert. Durch diese Reglung mußte, wie es in der Zeitschrift für die Wohlfahrtspflege heißt, der Landesfürsorgeverband recht hohe Vorschüsse verausgaben, was aus oben angeführten Gründen für die Folge nicht mehr möglich ist. In Zukunft werden mit sofortiger Wirkung bis auf weiteres den Heimen auf die übersandten Rechnungen nur noch die Beträge überwiesen, die endgültig auf Provinzmittel übernommen werden, also 50 v. H. der reinen Pflegekosten. Der restliche Anteil ist von den örtlichen Entsendestellen nach Eingang der Rechnungen, von denen ein Doppel zur Uebersendung gelangt, dann an die Heime selbst abzuführen. Da sich auch die meisten Heime in außerordentlich finanziellen Schwierigkeiten befinden, wird erwartet, daß die Entsendestellen auch ihrerseits die angeforderten Pflegekosten ebenfalls so schnell wie möglich an die Anstalten abführen. Der Landesfürsorgeverband muß sich vorbehalten, bei berechtigten Klagen von Heimen über nicht rechtzeitige Zahlung der Kurzuschüsse diese Stelle von der Zuwendung weiterer Zuschüsse auszuschließen.

Die Kinderheilstätte Davos hat den Pflegesatz für eine 91tägige Kur von 390 Mark auf 285 Mark herabgesetzt, einschließlich aller für die Kur notwendigen Nebenausgaben. Diese namhafte weitere Verbilligung der Kurkosten dürfte dazu beitragen, daß von den anerkannt erfolgreichen Kuren in der Kinderheilstätte des Deutschen Kriegerkurhauses Davos, wie in den frühern Jahren, auch weiter Gebrauch gemacht wird. Die Kinderheilstätte dient zur Unterbringung tuberkulöser Kinder im Alter von 8 bis 14 Jahren; unter Umständen werden auch jüngere oder ältere Kinder zu diesen Kuren zugelassen. Anträge sind auf einem besondern, beim Landesfürsorgeverband, Abteilung Kindergesundheitsfürsorge, erhältlichen Fragebogen in doppelter Ausfertigung vorzulegen. Die Zulassung zu der Kur erfolgt in jedem Falle durch den Vertrauensarzt der Reichszentrale Landaufenthalt für Stadtkinder, e. V., Berlin. Die Kosten für die Fahrkarten der Kinder für die Reise vom Heimatsort bis zum Anschluß an den Sammeltransport und zurück sind von den Entsendestellen zu tragen. Von den übrigen Kosten übernimmt der Landesfürsorgeverband die Hälfte der reinen Pflegekosten im Rahmen der den Bezirksfürsorgeverbänden im Rundschreiben vom 11. Juni 1932 mitgeteilten Mittel. Die Vorschläge für die beabsichtigte Entsendung von Kindern nach Davos sind dem Landesfürsorgeverband, Abteilung Kindergesundheitsfürsorge, spätestens am 1. September, 1. Dezember, 1. März und 1. Juni jedes Jahres vorzulegen. Den Bezirksfürsorgeverbänden ist ein Rundschreiben zugegangen, aus dem alles Weitere zu ersehen ist.

Aus der Heimat

Konzert

Wir machen auch an dieser Stelle darauf aufmerksam, daß am morgigen Samstag-Abend um 8 Uhr in der hiesigen Schützenburg ein Konzert der erblindeten Konzertsängerin Käte Josefiak-Dietz aus Köln stattfindet. Alles Nähere ist aus der Anzeige in heutiger Ausgabe zu ersehen.

Lose rechtzeitig einlösen

Im Anzeigenteil der vorliegenden Ausgabe macht Herr Otto Weber darauf aufmerksam, daß das Einlösen der Lose zur Hauptziehung der preußisch-süddeutschen Klassenlotterie pünktäch bis zum 1. August zu geschehen hat.

Reichstrauer um die Toten der Niobe

Anläßlich des Untergangs des Segelschulschiffes „Niobe" der Reichsmarine setzen am Donnerstag, den 28. und am Freitag, den 29. Juli die Reichsbehörden im ganzen Reichsgebiet die Flaggen auf Halbmast. Die Landesregierungen sind ersucht, sich dem Vorgehen der Reichsregierung anzuschließen.

Das hiesige Rathaus, Postamt und die Schulen hatten sich dem Ersuchen angeschlossen und das Andenken der tapferen Toten des Segelschulschiffes „Niobe" durch Hissen auf Halbmast geehrt.

Verbilligte Feriendampferfahrten

Die Schiffahrtsgesellschaft Ferdinand Linden, die seit einiger Zeit an der Rheinfähre in Hitdorf eine Anlegestelle eingerichtet hat, veranstaltet ab 1. August verbilligte Feriendampferfahrten nach Königswinter und Honnef. Die Schiffe fahren täglich außer Sonntagvormittags 7,30 Uhr ab Hitdorf und treffen abends 21,30 Uhr dort wieder ein. Die Fahrpreise sind gegenüber den sonst üblichen Preisen ganz wesentlich verbilligt. Die Schiffe führen Restauration und Musik an Bord.

Bezirksfürsorgeverbände sind am Ende ihrer Kraft

Der Vorstand des Rheinischen Landkreistages tagte in Köln, um zu den schwebenden Tagesfragen Stellung zu nehmen. Einmütigkeit bestand darüber, daß die Bezirksfürsorgeverbände im Westen schon lange nicht mehr in der Lage seien, für die Durchführung ihrer bisherigen Aufgaben die Mittel zu beschaffen; die Uebernahme der durch die neue Notverordnung den Bezirksfürsorgeverbänden erwachsenden Aufgaben würde den unabwendbaren finanziellen Zusammenbruch und damit die Unmöglichkeit zur Zahlung von Unterstützungen bedeuten.

Sängerbundesfest ohne Fehlbetrag

Obschon die Endabrechnung über das Frankfurter Sängerbundesfest erst im Laufe des Monats August fertiggestellt werden kann, kann heute schon gesagt werden, daß es ohne Fehlbetrag abschließen wird. Die von der Stadt Frankfurt bis zum Höchstbetrag von 250 000 Mark zur Verfügung gestellten Betriebsmittel waren vom Festausschuß nur in der Höhe von 100 000 Mark in Anspruch genommen worden, deren Rückzahlung nunmehr alsbald in voller Höhe zu erwarten ist.

Als Ort des nächsten Sängerfestes wurde zwar Leipzig genannt, doch ist die endgültige Beschlußfassung darüber dem nächsten Sängertag vorbehalten, der im April 1933 in Dortmund sein wird.

Kommunistischer Störungsversuch im Rundfunk

In einer Kundgebung der Kommunisten im Neuköllner Stadion erklärte der Berliner Bezirksleiter der KPD, Ulbricht, obwohl der Rundfunk für die Kommunistische Partei verboten sei, sei gestern abend im Rundfunk der Ruf „Es lebe die Kommunistische Partei" ertönt.

Die Berliner Funkstunde gab gestern abend kurz vor 11 Uhr im Rundfunk eine Erklärung ab, in der es heißt: In der heutigen Veranstaltung um 6,15 Uhr „Rudolf Wittenberg liest eigene Prosa" hat der Vortragende in grober Verletzung seiner Verpflichtungen in seinem Vortrag einen politischen Wahlaufruf hineingeflochten. Die Funkstunde bedauert, daß durch ein technisches Versehen dieser Vorfall nicht rechtzeitig verhindert werden konnte. Durch Verschärfung der Dienstanweisung hat die Funkstunde Vorsorge getroffen, daß die Wiederholung eines solchen Vorfalles in Zukunft unmöglich ist.

Warum Brüning nicht im Rundfunk sprach

Die Tatsache, daß Reichskanzler a. D. Dr. Brüning nicht, wie ursprünglich vorgesehen war, gestern abend im Rundfunk als Redner des Zentrums gesprochen hat, ist in der Oeffentlichkeit sehr lebhaft erörtert worden. Die Germania

Aus der Gemeinde Witzhelden

Regelung des Plakatanschlages

Mit Rücksicht auf die bei den letzten Wahlen gemachten guten Erfahrungen hat der Bürgermeister auch für die Reichstagswahl mit den hier hauptsächlich infrage kommenden politischen Parteien die Vereinbarung getroffen, daß die Wahlplakate nur an den von der Gemeinde aufgestellten Plakattafeln und an der Plakatsäule auf dem Markt angeklebt werden. Die Feldereinteilung wurde mit den Parteien vereinbart. Das Aufhängen von Plakaten, Bildern usw. über öffentlichen Straßen und über dem Marktplatz wird von der Ortspolizeibehörde nicht gestattet. Die Parteivertreter haben sich verpflichtet, dafür zu sorgen, daß keine Plakate anderer Parteien von den Plakattafeln und der Säule abgerissen, überklebt oder sonstwie beschädigt werden, auch nicht durch auswärtige Klebekolonnen. Wenn nötig, wird von der Ortspolizeibehörde gegen Zuwiderhandelnde strafrechtlich, durch Nichtgenehmigung von Versammlungen usw. vorgegangen. Mit Rücksicht auf den schlechten Eindruck den alte Papierfetzen im Ortsbilde machen, haben sich die Parteivertreter verpflichtet, falls an Privatgebäuden, Zäunen usw. mit Einverständnis des Besitzers Plakate angeklebt werden, dafür zu sorgen, daß diese kurz nach der Wahl sauber wieder entfernt werden.

Die Reichstagswahl

am kommenden Sonntag findet im Lokale von Albrecht Werner am Markt statt, beginnt morgens um 8 Uhr und dauert bis nachmittags 5 Uhr. Für die Stimmabgabe bittet der Abstimmungsvorsteher nach Möglichkeit die Vormittagsstunden zu benutzen, damit der Andrang in den Nachmittagsstunden und gegen Ende der Abstimmungszeit vermieden wird. Stimmscheine für Stimmberechtigte, die ihr Stimmrecht wegen Abwesenheit hier nicht ausüben können, werden noch bis Samstag Mittag 12 Uhr ausgestellt. Zur schnelleren Abwicklung des Wahlgeschäftes bittet man die Wahlausweiskarten bei der Stimmabgabe vorzulegen.

---

erklärt den Verzicht Brünings auf die Rundfunkrede damit, daß Dr. Brüning sich während seiner Amtszeit als Reichskanzler immer gegen die Politisierung des Rundfunks gesperrt habe. Er selbst habe sich des Rundfunks lediglich in seiner Eigenschaft als Reichskanzler bedient. Eine rein parteipolitische Benutzung des Rundfunks haben der frühere Reichskanzler und seine Regierung jedoch immer abgelehnt. Es sei deshalb eine begreifliche Konsequenz, wenn Dr. Brüning seine damaligen Gründe auch heute hoch respektiere.

Politische Beteiligung der Frau

Der Bund Deutscher Frauenvereine erwartet von sämtlichen politischen Parteien, daß sie das staatsbürgerliche Recht der Frau in vollem Umfang anerkennen und aufrechterhalten helfen. Dieses Recht schließt die Möglichkeit ungehinderter politischer Betätigung auf allen hier in Frage kommenden Arbeitsfeldern ein und verlangt unabweislich eine der Bedeutung der Frau in Staat und Volk entsprechende Beteiligung der Frauen an der politischen Vertretung in den Parlamenten. Die Frau, die gewillt und befähigt ist, die volle Verantwortung für das Schicksal ihres Vaterlandes mit auf ihre Schultern zu nehmen, darf von diesem höchsten Bürgerrecht und dieser heiligen Pflicht nicht abgedrängt werden.

Der Bund Deutscher Frauenvereine ruft insbesondere alle Frauen auf, bei der Ausübung ihres Wahlrechts diesen Gesichtspunkt fest im Auge zu behalten.

Zahlungsverkehr mit Estland

Wie die Industrie- und Handelskammer Solingen von der Reichsbank erfährt, wird im Zahlungsverkehr zwischen Deutschland und Estland in Zukunft nur noch in Eestikronen und Reichsmark verrechnet. Die deutschen Importeure können daher ihre Rechnungen in der Weise begleichen, daß sie entweder Eestikronen zahlen lassen oder Einzahlungen in Reichsmark auf das Girokonto der Eesti Pank bei der Reichsbank Berlin vornehmen, andererseits können die estnischen Importeure Zahlungen auf das freie Inlandskonto des Reichsbank-Direktoriums bei der Eesti Pank, Tallinn, leisten. Ueber die entstehenden Guthaben wird nur zur Zahlung in Deutschland bezw. Estland zur Begleichung von Warenbezügen verfügt werden.

Von Zeit zu Zeit werden sich Reichsbank und Eesti Pank über eine Kompensierung der Salden verständigen. Damit eine möglichst weitgehende Kompensierungsmöglichkeit besteht, ist es erwünscht, wenn der Zahlungsverkehr nach Möglichkeit bei der Reichsbank und bei der Eesti Pank konzentriert wird.

Für die Verrechnung von Forderungen, die auf eine andere Währung als auf Reichsmark oder Eestikronen lauten, soll der Umrechnungskurs den freien Vereinbarungen der beiden Handelskontrahenten unterliegen. Es wird von den Notenbanken empfohlen, daß die Umrechnung zu den amtlichen Kursen in Tallinn oder Berlin erfolgt.

Diese Vereinbarungen beziehen sich nur auf den Warenverkehr und berühren die beiderseitigen gesetzlichen Bestimmungen über den Devisenverkehr nicht.

Die Olympischen Spiele im Rundfunk

Mit dem 31. Juli treten für etwa 14 Tage die olympischen Spiele in Los Angeles in den Mittelpunkt des Weltsportgeschehens. Eine der Hauptfragen für die Heimat war die Lösung des Nachrichtenwesens, da infolge des Zeitunterschiedes zwischen Deutschland und der Westküste von Amerika die Ergebnisse der täglichen Hauptwettkämpfe erst in den Morgenstunden in Deutschland eintreffen können. Der Westdeutsche Rundfunk hat für die Zeit der olympischen Spiele besondere Vorsorge für eine einwandfreie und schnelle Uebermittlung getroffen. Danach werden täglich um 8 Uhr anschließend an das Morgenkonzert die Hauptergebnisse in Kürze veröffentlicht, um 13.15 Uhr bei den Mittagsmeldungen folgt ein ausführlicher und zusammenfassender Bericht. Sofern die geplanten direkten Berichte, die nachts auf Schallplatten aufgenommen werden, gelingen, werden diese Berichte anschließend an die Mittagsmeldungen ins Programm eingefügt.

Verkauf von roher Milch in Flaschen ist verboten!

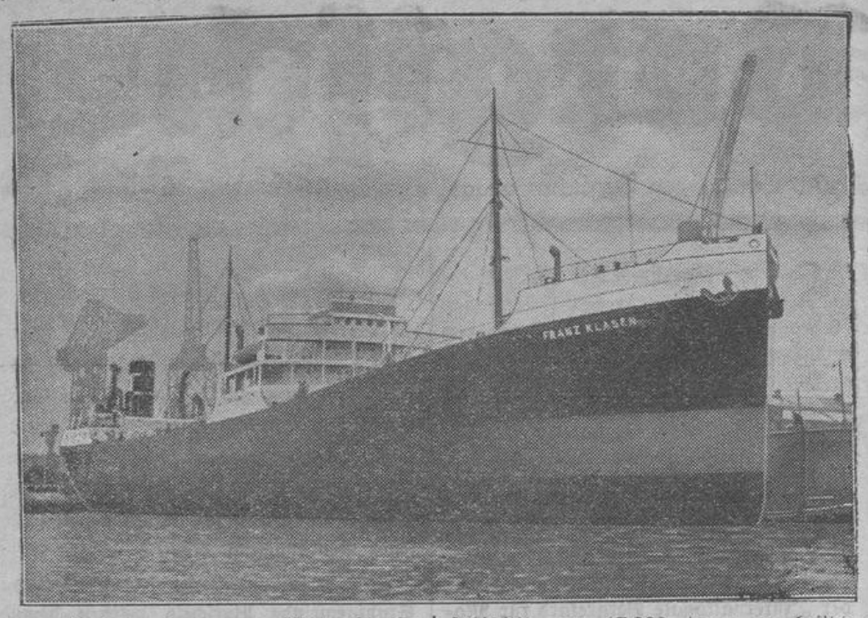
Nachdem die Ueberwachungsstelle bei der Landwirtschaftskammer in Bonn Bestimmungen über Markenmilch herausgegeben hat, die im Amtsblatt der Regierung Nr. 28 vom 9. 7. 1932 veröffentlicht sind, darf Milch in verkaufsfertigen Packungen (Flaschenmilch) nur noch pasteurisiert in den Verkehr gebracht werden. Ausgenommen hiervon ist Markenmilch aus nur einem Bestande, Vorzugsmilch und Milch, die der Erzeuger in einem landwirtschaftlichen Betrieb gewinnt und an der Betriebsstätte selbst unmittelbar an den Verbraucher abgibt. Die Durchführung der Bestimmung über den Pasteurisierungszwang von Flaschenmilch wird ab 1. August 1932 bei allen Händlern und Selbsterzeugern genau kontrolliert werden. Verstöße gegen diese Vorschrift ziehen Bestrafung nach sich.

Was der Rosenliebhaber meist nicht weiß

Wer einen prächtig blühenden Rosengarten sein eigen nennt, wird auch bestrebt sein, andern eine Freude zu machen und daher versuchen, einen Teil seiner Ueberfülle zu verschenken. Beim Versand von Rosen werden leicht Fehler begangen. Der Anfänger wird sie schneiden, wenn sie voll erblüht sind, die einzelnen Stiele womöglich in Pergamentpapier einwickeln und dazwischen feuchtes Moß stecken. Nimmt er den Versand auf diese Weise vor, so darf er sich nicht wundern, wenn die mit Rosen Beglückten zwar sehr überrascht tun, aber in Wirklichkeit keine allzu große Freude an diesem Geschenk haben. Müssen so verpackte Rosen einen längern Transportweg zurücklegen, so kommen sie meist verdorben an, da das feuchte Verpackungsmaterial in hitzige Gärung übergehen und so das Welken noch beschleunigen würde. Wer tatsächlich ein erfreuliches Geschenk machen will, muß die Knospen, wenn sie Blumenblätter soweit entwickelt haben, daß sie spätestens am zweiten Tage aufblühen, in aller Frühe schneiden. Sie werden in Wasser gestellt und in den dunkeln Keller gebracht. Nichts wäre falscher, als die ganzen Blüten im Wasser schwimmen zu lassen.

Zum Transport ist jede Knospe in Seidenpapier einzuwickeln, wobei besonders darauf zu achten ist, daß ziemlich gleichmäßige Rollen entstehen, um das Verpacken zu erleichtern. Der Versand kann in einer luftigen Kiste oder auch in den üblichen Schilfkörben erfolgen. Selbst bei zwei Tage langer Reise werden so behandelte Blüten gut ankommen.

Probefahrt des M.S. Franz Klasen (17800 to)



Gestern vollendete der neue Motor-Tanker „Franz Klasen" der Deutsch-Amerikanischen Petroleum (Standard)-Gesellschaft von Hamburg aus seine Uebernahme-Probefahrt. Das neue Schiff — das erste einer Serie von sechs in Deutschland zu bauenden Großtankern — ist am 30. April bei der Deutschen Werft in Hamburg von Stapel gelaufen.

Das neue Standard-Tankschiff hat eine Tragfähigkeit von 17 800 tons; es besitzt zwei 4 Zylinder doppelwirkende Zwei-Takt-Dieselmaschinen MAN von 4500 PS, die dem Schiff eine Geschwindigkeit von 12,5 Knoten verleihen.

Der Großtanker ist 165 Meter lang und 21 Meter hoch. Er hat in beladenem Zustand einen Tiefgang von 9 Metern und zählt zu den größten Tankschiffen der Weltschiffahrt.

Aus der näheren Umgebung

Solingen

Viehdiebe erwischt

Den Bemühungen der Polizei ist es gelungen, zahlreiche Viehdiebstähle in der Solinger Gegend aufzuklären. Zwei Frauen, die mit den Dieben in Verbindung gestanden hatten, wurden ermittelt und festgenommen. Dadurch wurde die Polizei in die Lage versetzt, die eigentlichen Spitzbuben zu fassen. Es sind drei hiesige Bürger, die das Vieh lebend von der Weide stahlen und durch Vermittlung der beiden Frauen verkauften. Da auch in der Mettmanner Gegend Vieh auf unerklärliche Weise verschwand, scheint es sich um die gleichen Täter zu handeln.

Solingen. Städtischer Betrieb mit privatwirtschaftlicher Verwaltung. Die Stadt Solingen hatte seinerzeit die Verwaltung der für die zur Räumung verurteilten Mieter errichteten Notwohnungen aus den städtischen Betrieben herausgenommen und einer Gesellschaft übergeben, die sich zwar völlig im Besitz der Stadt befindet, aber auf rein privatwirtschaftlicher Grundlage arbeitet. Die Gesellschaft übernahm die bereits vorhandenen 126 Wohnungen und errichtete im vergangenen Jahre 140 neue. Während sich unter städtischer Regie erhebliche Schwierigkeiten ergaben, waren die Mieteingänge unter Verwaltung der Gesellschaft befriedigend. Von 266 Mietern sind 255 erwerbslos. Trotzdem ist bei dem Mietsoll seit der Uebernahme bis April 1932 in Höhe von 84 000 RM. nur ein Rückstand von 9170 RM. zu verzeichnen, von dem jedoch nur rund 6000 RM. als verloren betrachtet werden müssen.

Düsseldorf

Raubüberfall

Gestern kurz nach 19 Uhr versuchten zwei junge Leute einen Raubüberfall. Sie drangen in ein Geschäft, schlugen die allein anwesende Inhaberin nieder und versuchten ihr die Handtasche mit der Tageseinnahme zu entreißen. Auf die Hilferufe der Frau flüchteten die Täter. Ein hinzukommender Polizeibeamter konnte einen der Fliehenden festnehmen, während sich der zweite selbst der Polizei stellte.

Todesopfer des Verkehrs

Auf der Koblenzer Straße in Benrath wurde ein älterer Mann in der Nacht von einem Kraftwagen überfahren. Die Verletzungen waren so schwer, daß der Verletzte im Krankenhaus nach wenigen Stunden starb.

Gestern nachmittag gegen 2.50 Uhr ist am Lichtplatz ein zweijähriges Kind, das unbeaufsichtigt über den Fahrdamm laufen wollte, von einem Lastkraftwagen überfahren und lebensgefährlich verletzt worden. Das Kind wurde in ein in der Nähe befindliches Krankenhaus gebracht, wo es kurz nach der Einlieferung gestorben ist.

Bei Gleisarbeiten wurde in der Nähe des Bahnhofes Reisholz ein junger Rottenarbeiter von einem Güterwagen erfaßt. Dem Schwerverletzten wurde das rechte Bein abgefahren. Er wurde in das Benrather Krankenhaus eingeliefert, wo er kurz nach der Einlieferung starb.

Düsseldorf. Der neue Oberspielleiter des Städt. Schauspiels. Der Generalintendant der Vereinigten städt. Theater, Bruno M. Iltz, hat als Oberspielleiter für das von ihm neu aufzubauende Schauspiel bekanntlich den Regisseur des Berliner Staatstheaters, Leopold Lindtberg, verpflichtet. Lindtberg hat bereits von 1925 bis 1926 dem Düsseldorfer Stadttheater angehört. Nach seinem Weggang war Lindberg unter Cahnbley in Bielefeld, unter Piscator am Theater am Nollendorfer Platz in Berlin als Oberspielleiter in Koblenz und später wieder in Berlin tätig. Jetzner holte ihn an die Berliner Staatstheater. Seine dortige Inszenierung von „Kabale und Liebe" lenkte die Aufmerksamkeit der Theaterwelt in größerem Maße auf ihn. Lindtberg gehört zu den Jüngeren der deutschen Regisseurgeneration.

Köln

Falsche JG Papiere in Essen und Dortmund?

Wie das „Kölner Tageblatt" aus Berlin berichtet, sind in Westdeutschland mehrfach JG Aktien zu einem auffallend niedrigen Kurs angeboten worden. Diese Papiere sollen Fälschungen sein. Wie das Blatt berichtet, sind allein in Rotterdam 200 falsche nom. 1000-Mk. Aktien, also mit einem Gesamtwert von 200 000 Mark hergestellt worden. Ein Teil dieser Aktien soll in Essen und Dortmund verkauft worden sein.

Hitler in Köln

Adolf Hitler, der am Donnerstag auf seinem Wahlflug Aachen, Köln, das Niederwalddenkmal und Frankfurt besuchte, sprach nachmittags vor einer Riesenkundgebung auf der großen Wiese im Rheinpark. Vor der Ankunft Hitlers sprach Gauleiter Dr. Ley. Als Adolf Hitler eintraf, wurde er von der Menge stürmisch begrüßt. Er ergriff sofort das Wort zu einer etwa 20 Minuten langen Ansprache, in der er scharfe Kritik an der parteipolitischen Zerrissenheit des deutschen Volkes übte und erklärte, er mache keinen Hehl daraus, daß der Nationalsozialismus die Vernichtung des Parteisystems in Deutschland zum Ziele habe. Nur von innen heraus könne die Gesundung Deutschlands kommen. Das Ausland werde

Aus dem Rhein-Wupper-Kreis

Fahne gestohlen

Leverkusen-Schlebusch, 29. Juli. Am Dienstagnachmittag sammelten sich vor dem Hause Leverkusen-Schlebusch Fettehenne 48, eine Anzahl Kommunisten an und holten mit Hilfe einer Leiter eine am Dache angebrachte Hakenkreuzfahne herunter und verbrannten sie später auf der Straße.

Aus der Leverkusener Polizeimappe

Leverkusen, 29. Juli. Festgenommen wurde ein junger Mann von hier wegen des Verdachts, die in letzter Zeit hier verübten Fahrraddiebstähle ausgeführt zu haben. — In Schutzhaft kam ein junger Bursche aus Essen, der seinen Eltern entlaufen war. — Am Dienstagabend wurde aus dem Hause Hauptstraße 9 ein Herrenfahrrad gestohlen. — In einer der letzten Nächte holten Diebe von einem Gutshof in Manfort eine mit dem Namen Hummelsheim gezeichnete, 8 qm große Wagenplane.

Ein Unglück?

Leverkusen, 29. Juli. Aus dem Rhein wurde vorgestern nachmittag ein auswärtiges Ruderboot, in dem noch eine Jacke lag, gelandet. Der Ruderzweier trägt den Namen Strolch.

Verbotener Waffenbesitz

Leverkusen, 29. Juli. Bei einer in Küppersteg vorgenommenen Durchsuchung der Wohnung eines Arbeiters wurden ein Armeerevolver und ein Jagdgewehr vorgefunden, welche der Eigentümer nicht der Polizei angemeldet hatte. Die Waffen wurden beschlagnahmt.

Unfall bei der Ernte

Hitdorf, 29. Juli. Ein landwirtschaftlicher Gehilfe, der einem Hitdorfer Landwirt bei Erntearbeiten half, stürzte so unglücklich, daß er eine schwere Gehirnerschütterung und eine Armsplitterung davontrug.

Freche Kartoffeldiebe

Langenfeld, 29. Juli. In den Reusrather Feldern wurden zwei Brüder aus Opladen beim Kartoffeldiebstahl überrascht. Sie traten gegen die Beamten äußerst frech auf und bedrohten sie. Sie mußten festgenommen werden; außerdem wurde ihre Wohnung nach Waffen durchsucht.

Falsche Anschuldigung

Wermelskirchen, 29. Juli. Festgenommen wurde ein hiesiger Arbeiter, der vor einiger Zeit gelegentlich eines Ausverkaufs in einem hiesigen Warenhause Kleidungsstücke stahl und sie bald darauf in Remscheid mit anderen Sachen verkaufte. Als seine Straftat bekannt wurde, flüchtete er. Der Betreffende beschuldigte einen anderen hiesigen Arbeiter der Mittäterschaft. Es stellte sich aber heraus, daß es eine wissentlich falsche Anschuldigung war. Dem Festgenommenen wurden auch andere Diebstähle zur Last gelegt, die er jedoch ableugnet. Er wurde dem Amtsgericht vorgeführt.

Opfer eines Verkehrsunfalles

Wermelskirchen, 29. Juli. Aus Bonn-Wesseling kommt die Nachricht, daß dort am Dienstag-Mittag der Dachdeckergehilfe August Baist von hier, tödlich verunglückt ist. Baist kam mit einem Freunde auf dem Fahrrade von Heidelberg und befand sich auf der Heimreise. Sie hingen sich mit dem Fahrrad an einen Lastkraftwagen mit Anhänger an. Diese Unsitte forderte ihr Opfer, denn B. geriet unter das Auto und wurde dabei so schwer verletzt, daß er bald darauf starb.

Deutschland nicht wieder auf die Beine bringen. Seine politischen Gegner wüßten, daß es am 31. Juli um mehr gehe als eine Entscheidung für sechs Wochen. Der Nationalsozialismus werde unbeirrt für sein Ziel weiter kämpfen, auch wenn der 31. Juli die Entscheidung noch nicht bringen sollte, bis an dem Tag, wo diese zugunsten der NSDAP fallen werde.

Der Mord an der Maria Eggert

Kein Lustmord — Der Täter noch nicht ermittelt.

Die Obduktion der Leiche der ermordeten Maria Eggert in Köln hat ergeben, daß kein Lustmord an dem 7jährigen Mädchen verübt worden ist. Der Tod ist durch Ersticken nach der Drosselung eingetreten. Spuren von einem Sittlichkeitsverbrechen sind nicht gefunden worden.

Die Ermittlungen nach dem Täter haben noch zu keinem Ergebnis geführt. Wohl ist man einen Schritt weiter gekommen durch die Aussagen von Zeugen, die das Kind gegen 8 Uhr an der Hand einer Frau gesehen haben wollen. Die Frau hat dann die Eggert einem Motorradfahrer übergeben, der das Kind auf den Soziussitz nahm und in schneller Fahrt über die Eupener Straße nach Brück enteilte.

Das „Deutsche Theater am Rhein"

Abschluß der Köln-Düsseldorfer Verhandlungen

Die Verhandlungen über die Zusammenarbeit des Kölner Schauspielhauses mit der Düsseldorfer Schauspielhaus-GmbH. haben nunmehr zu einem befriedigenden Abschluß geführt. Es werden in der nächsten Spielzeit im Düsseldorfer Schauspielhaus mindestens 100 Schauspielaufführungen gegeben. Intendant Gustav Lindemann bleibt Vorstandsmitglied der Düsseldorfer Schauspiel-GmbH. und ihr Intendant, er wird durch Inszenierungen auch seine künstlerische Kraft in den Dienst des neuen Unternehmens stellen. Von den bisherigen Schauspielkräften des Düsseldorfer Schauspielhauses wurden verpflichtet Franz Everth und Dr. Peter Esser und die Damen Cornelia Gebühr, Hanni Hoeßrich und Annemarie Jürgens.

Die Gemeinschaft der Freunde des Düsseldorfer Schauspielhauses, unterstützt durch namhafte Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens und durch zahlreiche Düsseldorfer Verbände und Vereine, beginnt sofort mit der Werbung für die Aufführungen im Düsseldorfer Schauspielhaus, für die Abonnements aufgelegt werden.

Die Zusammenarbeit zwischen Köln und Düsseldorf schafft nun endlich das „Deutsche Theater am Rhein", das bezweckt, in der traditionellen Zusammenarbeit bisher nebeneinander wirkender künstlerischer Energien die Grundlage für eine Bühne zu schaffen, auf der das geistige Leben der Nation in künstlerischer Form Zusammenfassung und lebendige Wirkung gewinnen soll, um das durch äußere Einflüsse und innere Zersetzung bedrohte Kulturtheater als geistige Macht der Nation zu seiner vollen Bedeutung zu entwickeln. Die Bezeichnung „Deutsches Theater am Rhein" hat sich die Düsseldorfer Schauspiel-GmbH. durch gerichtliche Eintragung gesichert. Ueber Gastspiele des „Deutschen Theaters am Rhein" in anderen Städten schweben aussichtsreiche Verhandlungen. Das „Deutsche Theater am Rhein" würde es begrüßen, wenn durch den Abschluß eine Zusammenarbeit mit noch anderen Bühnen eingeleitet würde.

Das Neueste

Im Wahlkampf der Zentrumspartei sprach gestern der zweite Vorsitzende der Deutschen Zentrumspartei, Reichstagsabgeordneter Joos, in Solingen und Leverkusen.

Adolf Hitler und Prinz August Wilhelm von Preußen hielten in Wiesbaden Wahlreden.

Der frühere preußische Finanzminister Dr. Höpker-Aschoff äußerte sich in einer Wahlkundgebung in Menden zu den Beschuldigungen, daß öffentliche Geldmittel für Parteizwecke verwendet worden sein sollen.

Bei schweren politischen Ausschreitungen in Rostock, wurden zwei Personen schwer und mehrere leicht verletzt.

Am Donnerstag wurden in Chemnitz bei Mitgliedern des Reichsbanners Haussuchungen nach Waffen vorgenommen. Der Gausekretär Franz Müller wurde vorläufig inhaftiert. Anscheinend besteht ein Zusammenhang mit der Zwickauer Waffenangelegenheit.

Oberleutnant Hentschel von der Flugpolizei Kassel hat gestern den deutschen Dauerrekord im Segelfliegen mit 16 Stunden 9 Minuten gebrochen. Der bisherige deutsche Rekord betrug 14 Stunden 7 Minuten.

Der gestern bei einem Flugzeugzusammenstoß in München schwer verletzte Flugschüler Kruse ist gestorben.

Nach dem „Populaire" soll der französische Botschafterposten in Washington neu besetzt werden. Als Nachfolger Claudes komme Finanzminister Germain-Martin in Betracht.

Dem „Daily Telegraf" zufolge wird die Verschickung der Einladungen zur Weltwirtschaftskonferenz wahrscheinlich eine Verzögerung erfahren. Man wolle der amerikanischen Regierung Gelegenheit geben, von sich aus die Initiative zur Einberufung der Konferenz nach Amerika zu ergreifen.

Die Veteranenlager in und bei Washington sind durch Bundestruppen geräumt worden.

Die Nachforschungen nach den Toten der „Niobe"

Auf die Nachricht von der Sichtung einiger Toten der „Niobe" an der Fehmarnküste war noch gestern Abend der an der Unfallstelle im Fehmarnbelt liegende Arsenalschlepper „Hunte" in die bezeichneten Gewässer abgegangen, um Nachforschungen anzustellen. Sie sind jedoch völlig ergebnislos verlaufen. Heute früh sind von Kiel zwei Schnellboote zu dem gleichen Zweck ausgelaufen. Die an Bord der „Hunte" befindlichen Tauchermannschaften haben heute die Arbeit am Wrack wieder aufgenommen.

Die Bergungsarbeiten an der gesunkenen Niobe, die den ganzen Donnerstag über fortgesetzt und gegen Abend vorläufig abgebrochen wurden, sollen Freitag wieder aufgenommen werden. Ueber die Hebung des Schiffes selbst ist noch keine Entscheidung getroffen.

6 Tote bei einer Benzinexplosion

In einer Ortschaft im tschechischen Bezirk Kritz ereignete sich eine katastrophale Benzinexplosion, die sechs Todesopfer forderte. In seinem Keller war der Kaufmann Adolf Knöpfelmacher mit dem Einfüllen von Benzin beschäftigt, wobei ihm die Hausgehilfin behilflich war, die eine brennende Kerze in der Hand hielt. Die entweichenden Benzingase fingen plötzlich Feuer und der Benzinbehälter explodierte. Die Folgen waren furchtbar. Die Decken des Hauses stürzten ein. 6 Personen wurden tödlich verletzt, 9 schwer und 15 leicht.

Westdeutsches

Schwelm. 600 Patronen gestohlen. Aus einem Schießstand in Schwelm wurden 600 Schuß Munition gestohlen. Der Polizei gelang es aber schon bald, den Täter zu ermitteln, der die Munition im Garten vergraben hatte.

Fröndenberg. Ein Radler beim Zusammenstoß mit einem Auto getötet. Hier kam ein Radler dadurch zu Tode, daß er mit voller Wucht beim Einbiegen in die Westicker Straße gegen eine Taxe fuhr. Die inneren und Kopfverletzungen waren so schwerer Natur, daß er kurz nach der Einlieferung ins Krankenhaus, ohne das Bewußtsein wiedererlangt zu haben, starb.

Altenkirchen (Westerwald). Ein Wilderer schwer verletzt. In der Nacht stieß der Förster Block in seinem Revier mit einem Wilderer zusammen, wobei ersterer von der Schußwaffe Gebrauch machen mußte. Der Wilderer, der 35jährige Ramseger aus Stürzelbach, erhielt einen Kopfschuß. Der Förster veranlaßte die sofortige Ueberführung des Wilderers ins Krankenhaus, wo er bedenklich darniederliegt.

Mainz. Wegen eines Fahrrades getötet. In Mainz-Mombach geriet der 30jährige Karl Wienen mit dem 23jährigen Kupferschmied Jakob Wenz wegen eines Fahrrades in Streit, in dessen Verlauf Wienen dem Wenz einen Stich in den Nacken versetzte, der die Halsschlagader traf und den sofortigen Tod herbeiführte. Der Täter, der erst vor wenigen Tagen das Krankenhaus wegen eines Nervenleidens verlassen hatte, wurde festgenommen.

Aachen. Ein falscher Zollbeamter festgenommen. An der Grenze bei Grüne Eiche hielt ein von Oberwesel hergereister Mann Schmuggler an und gab sich diesen gegenüber als Zollbeamter aus. Sein Schicksal ereilte ihn aber bald, denn er hatte das Pech, einen Zollbeamten in Zivil nach Schmugglern zu fragen. Der richtige Zollbeamte verlangte aber einen Ausweis. Als der Unbekannte diesen nicht vorzeigen konnte, schöpfte der Zollbeamte Verdacht und nahm den „Kollegen" mit zur Kriminalpolizei, wo sich bald herausstellte, daß es sich um einen Schwindler handelte.

Krefeld. Falschmünzern das Handwerk gelegt. Das Polizeipräsidium teilt mit: Durch die Aufmerksamkeit eines hiesigen Bürgers ist es gelungen, einen Mann festzunehmen, der in einer Wirtschaft ein falsches Fünfmarkstück in Zahlung gab. In Verfolg der weiteren Ermittlungen wurden infolge eines überraschenden Zugriffs der Falschgeldstelle auch die beiden Hersteller der Falschstücke hinter Schloß und Riegel gebracht. Bei der Durchsuchung der Wohnung des Haupttäters, eines wegen ähnlicher Verbrechen schon vorbestraften 47jährigen Färbers, förderte die Kriminalpolizei das gesamte zur Herstellung dienende Material und Metall zutage. Die Täter sind geständig.

Bottrop. 700 RM. Beute beim Büroeinbruch. In der Nacht drangen Diebe in das Büro der Vereinigten Kaufmannschaft an der Osterfelder Straße ein und entwendeten eine Kassette mit etwa 700 RM. Bargeld.

Bad Kreuznach. Eine neue starke radioaktive Solquelle ist in der Nähe des Schlachthauses bei Bohrungen nach Trinkwasser erschlossen worden. Die neue Quelle liegt von den übrigen Solquellen der Bad Kreuznacher Solbäder A.-G. sehr weit entfernt, sodaß eine Ausnutzung nicht in Frage kommen kann. Die zur Untersuchung herbeigeholten Sachverständigen erklärten, daß die Quelle wieder verschlossen werden müßte, da sonst möglicherweise eine Beeinträchtigung der Leistungsfähigkeit der im Badeviertel befindlichen Solquellen eintreten würde.

Sinzig a. Rh. Ungetreuer Vereinskassierer. Der Vorsitzende und Kassierer des Junggesellenvereins Westum, der etwa 30jährige Toni Nonn, wird seit einigen Tagen vermißt. Wie sich herausstellte, hat Nonn den Barbestand der Vereinskasse in Höhe von 800 RM. entwendet und ist damit durchgegangen. Der Verein feierte vor wenigen Wochen sein 75. Stiftungsfest. Es war geplant, für das gesparte Geld eine Fahne zu kaufen. Da Nonn seit Jahren den Plan hatte, nach Amerika oder Rußland auszuwandern, nimmt man an, daß er eine entsprechende Reise angetreten hat.

Neuwied. Furchtbare Verletzungen eines Motorradfahrers. Am Bahnübergang bei Block Ariendorf ereignete sich ein schweres Motorradunglück. Zwei Ausflügler aus Lüdenscheid i. W. wollten in schneller Fahrt die scharfe Kurve am Bahnübergang nehmen, rannten dabei aber gegen das eiserne Schutzgeländer der Bahnschranke und wurden mit solcher Wucht vom Rade geschleudert, daß sie besinnungslos liegen blieben. Bei dem einen der Verletzten war der Brustkorb völlig zerquetscht, auch hatte er schwere Kopfverletzungen erlitten, wodurch ein Auge herausgerissen wurde. Auch der andere Fahrer hatte erhebliche Verletzungen erlitten. Beide wurden ins Krankenhaus nach Linz gebracht, wo der eine hoffnungslos darniederliegt.

Diebholz. Eine sparsame Haushaltsführung. Etwas in der heutigen Zeit nicht Alltägliches ist von der Gemeinde Lembruch zu berichten. Infolge der sparsamen Haushaltsführung ist die Gemeinde in der Lage, die Gemeindesteuer zur Grundvermögensteuer von 350 % auf 290 % zu ermäßigen. Ebenso werden die Bier- und Bürgersteuer nicht eingeführt.

Ein Mord durch Ehestreit aufgeklärt

Der verhaftete Täter begeht Selbstmord

Der Arbeiter Jakob Koch aus Ladenburg, der unter Mordverdacht verhaftet worden war, stürzte sich aus einem Fenster des Rathauses in Weinheim a. d. B. und war sofort tot. Seine Frau hatte gegen ihn Anzeige erstattet, daß er am 9. Juli 1924 auf der Gemarkung Ladenburg den 55jährigen Landwirt Kaspar Trill ermordet habe. Trill war seinerzeit schwer verletzt und bewußtlos aufgefunden worden und nach 14tägigem Krankenlager gestorben. Die Nachforschungen nach dem Täter waren erfolglos, bis jetzt ein Ehestreit die Aufklärung brachte.

Essener Falschmünzer festgenommen

Seit Wochen die Geschäftsleute geschädigt

Durch die Aufmerksamkeit eines Geschäftsmannes gelang es, zwei Falschmünzer festzunehmen, die nach eigenem Geständnis seit Wochen die Essener Geschäftsleute durch Verausgabung falscher 50-Pfg.-Stücke schädigten. Es handelt sich um einen Kinoangestellten und einen Schlosser, die beide erwerbslos sind. Sie suchten eine Konditorei in der Nähe des Stadtgartens auf. Einer von ihnen begab sich in das Geschäft, um einen Gegenstand für 10 Pfg. einzukaufen, während der andere draußen wartete. Der Geschäftsinhaber erkannte sofort die Unechtheit des Stückes und machte den Käufer hierauf aufmerksam. Dieser zahlte dann mit echtem Gelde. Richtigerweise ließ er den Käufer dann gehen, beobachtete aber seinen Verbleib und sah nun, daß er sich mit einem zweiten Manne traf. Jetzt benachrichtigte er die Polizei, der die Festnahme der Falschmünzer gelang. In der Wohnung der Falschmünzer wurde das Falschmünzergerät und ein großer Posten Zigaretten und Zuckerwaren, die durch den Umsatz der Falschstücke erworben waren, vorgefunden und beschlagnahmt. Soweit feststeht, sind über 100 von diesen mit ganz primitiven Mitteln hergestellten Stücken in Umlauf gekommen.

Ein wilder Buchmacher festgenommen

1000 Mark bei „todsicheren Tips" verloren

Immer wieder muß die Wahrnehmung gemacht werden, daß wilde Buchmacher es verstehen, Leute zum Abschließen von Wetten auf ausländische Rennen zu bewegen. Dabei werden die Wettenden regelmäßig ihr Geld los, denn es handelt sich in solchen Fällen fast immer um abgefeimte Betrüger. Ein Gelsenkirchener Bürger ist einem solchen Manne in die Hände gefallen und hat auf diese Weise 1000 Mark verloren. Es handelt sich in diesem Falle um den wilden Buchmacher Bernstein in Berlin, der in letzter Zeit in Paris wohnte. Dieser hat es verstanden, so gerissen vorzugehen, daß der Geschädigte keinen Verdacht hegte. Schließlich ist der Betrüger trotzdem in das Netz der Gelsenkirchener Polizei geraten, die ihn nachmittags, als er von Paris kam, festnahm und hinter Schloß und Riegel brachte. Das Kostgeld hierfür hat Bernstein gleich mit gebracht, denn in seinem Besitz wurden 10 000 Franc gefunden, die beschlagnahmt wurden. Bernstein wird von der Staatsanwaltschaft Berlin wegen ähnlicher Straftaten seit längerer Zeit steckbrieflich verfolgt.

Deutschland - Amerika 8:8

Den Vereinigten Staaten von Nordamerika ist es nicht gelungen, für die am 19. Oktober 1931 in Berlin erlittene Boxniederlage von 6:10 Punkten an Deutschland Revanche zu nehmen. Obwohl die U. S. A. alles aufboten, um Deutschland zu schlagen, kamen sie über ein Unentschieden nicht hinaus, da Deutschland im Fliegen-, Bantam-, Feder- und Schwergewicht sich Siege holte und die anderen vier Gewichtsklassen abgeben mußte.

Die Rechnung, daß es auf dem Soldiers-Fields von Chicago zu einem neuen Zuschauerrekord für Amateur-Boxländerkämpfe kommen müsse, erwies sich als richtig.

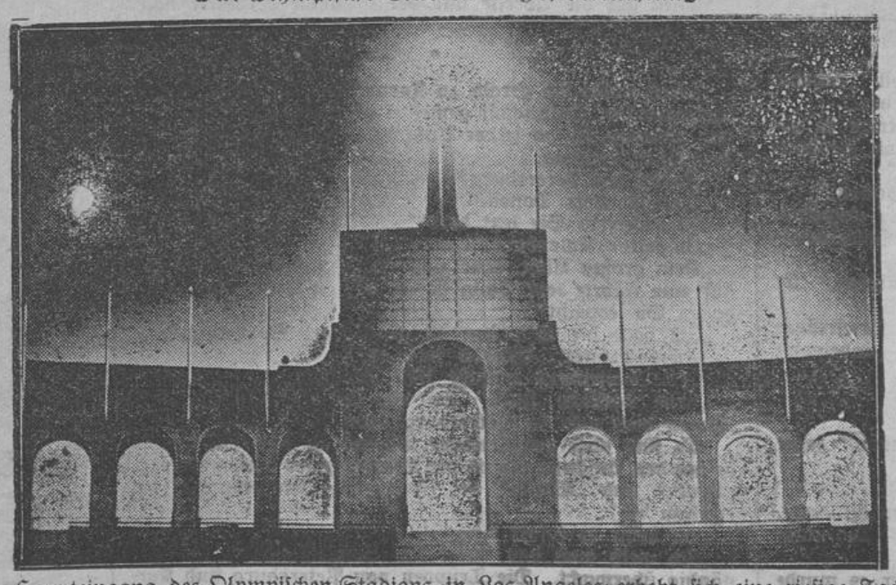
Allerdings hatte man das Interesse der Massen überschätzt, doch kamen statt der erwarteten 70 000 und 80 000 Zuschauer immerhin noch 50 000 Boxsportfreunde, so daß der Rekord vom Länderkampf Frankreich — USA 1931 weit übertroffen wurde. Unter den Zuschauern befanden sich sehr viele Deutsche, die von den Leistungen unserer Boxer sehr befriedigt waren. Die Parteilosigkeit des amerikanischen Publikums zeigte sich besonders nach dem letzten Kampf, als es den Sieger Kohlhaas (Münster), der für Deutschland durch bravouröses Können das Unentschieden herausboxte, mit besonders herzlichem Beifall auszeichnete. Das Wetter war am Mittwochabend wieder erholt; die Ansicht, daß bei guter Witterung am Dienstag noch mehr als 50 000 Zuschauer gekommen wären, fand man allenthalben vertreten, da viele Leute wieder ein Gewitter fürchteten.

Deutschlands Stärke waren die ganz leichten Leute,

die Spannagel, Ziglarski und Schleinkofer sowie der schwere Mann Kohlhaas, der sich in prächtiger Form befand. Kartz (Oberhausen), Campe (Berlin), Bernlöhr (Stuttgart) und Berger (Duisburg) mußten Niederlagen einstecken, wobei Campe sogar k. o. ging. Will man diesen entscheidenden Erfolg für Amerika mehr bewerten, so schaffte Deutschland auch hier einen Ausgleich, als Kohlhaas seinen Gegner so stark erschütterte, daß der Ringrichter den Amerikaner in der zweiten Runde durch Kampfabbruch schützen mußte. Ringrichter war Dave Barry.

Deutschland ging zunächst groß in Front. Die Amerikaner hatten ihre Mannschaft noch umgestellt. So traf der Barmer Werner Spannagel im Fliegengewicht auf Johnny Baltzer-Chicago, den er klar nach Punkten schlug. Im Bantamgewicht holte Hans Ziglarski-München für Deutschland den zweiten Sieg, als er George Gutman nach Punkten abfertigte. Einen dritten Sieg feierten die Deutschen im Federgewicht, wo Josef Schleinkofer-München gegen den bekannten Leo Rodak, der ursprünglich für das Bantamgewicht vorgesehen war, nach Punkten siegte. Amerika kam im Leichtgewicht dann zu seinem ersten Erfolg. Hier unterlag Franz Kartz-Oberhausen dem Chicagoer Henry Rothier nach Punkten. Im Weltergewicht gab es einen amerikanischen k. o.-Sieg, da Johnny Phagan, ein Chicagoer Negerbursche, den Berliner Erich Campe für die Zeit auf die Bretter brachte. Im Mittelgewicht verlor dann recht überraschend der Stuttgarter Bernlöhr seinen Kampf gegen den Amerikaner Johnny Sutton und im Halbschwergewicht brachte Adolf Wister sein Land durch einen Punktsieg über Hans Berger-Duisburg in Vorteil. Der Schwergewichtskampf entschied über Sieg und Niederlage. Heinz Kohlhaas-Münster, der neue deutsche Schwergewichtsstern, boxte ganz prächtig gegen den Amerikaner Duffy Dvonch, der in der 2. Runde so mitgenommen war, daß Dave Barry den Kampf zu Gunsten des Deutschen stoppte. 4:4 endete also der Länderkampf Deutschland — U. S. A. im Amateurboxen.

Das Olympische Stadion in Festbeleuchtung



Am Haupteingang des Olympischen Stadions in Los Angeles erhebt sich eine riesige Fackel, die unser Bild während der Generalprobe für die Eröffnungsfeier zeigt. Diese Fackel wird während der Dauer der Olympischen Spiele, also 16 Tage lang ununterbrochen brennen

Das Wetter von heute und morgen

Schwüles, meist wolliges Wetter, mit Neigung zu einzelnen Regenfällen und örtlichen Gewittern, mäßige südwestliche Winde.

KGV Burscheid

Unitas Immigrath-KGV

Am kommenden Sonntag eröffnet die KGV-Sportabteilung die neue Fußballsaison mit dem Rückspiel gegen die spielstarke Mannschaft von Unitas Immigrath. Das Hinspiel ging als erstes Spiel der Gesellen hoch verloren und wird die Mannschaft am Sonntag alles daransetzen müssen, um ehrenvoll abzuschneiden. Jugendkraftheil.

Diese Ausgabe umfaßt 10 Seiten
einschl. „Landmanns Sonntagsblatt"

Verantwortl. Schriftleiter: Willy Claas; für Provinz, Allgemeines und Sport: Josef Maaßen, beide in Burscheid.

Druck und Verlag: Hermann Claas, Burscheid, Mittelstraße 10.



Sein Sekretär trat ein und meldete: „Herr Karma und Herr Abade."

„Ich lasse bitten."

Der Freund Karners, der Mann, der ihm einst den Weg gewiesen hatte, trat zusammen mit dem Arzt Abade ein.

Die beiden Inder wurden ernst und herzlich begrüßt.

„Herr Donell," sagte Karma mit seiner tiefen, glockenklaren Stimme, „Herr Abade ist Indiens größter Arzt. Er hat Herrn Karner untersucht. Er kann nichts tun. Herr Karner ist erschöpft, und der Grad der Erschöpfung ist ein so hoher, daß nicht abzusehen ist, wann Herr Karner wieder gesund sein wird. Herr Karner hat darum gebeten, daß ich mich Ihnen zur Verfügung stelle."

Donell verbeugte sich.

„Meine Kräfte sind gering, Herr Donell," sagte Karma bitter. „Ich bin alt, aber mein Rat kann Ihnen vielleicht wertvoll sein."

Abermals verneigte sich Maxim Donell.

„Herr Karner," begann Karma wieder, „äußerte im Laufe der kurzen Unterredung, daß man sich nochmals mit Wladimir Rostoff in Verbindung setzen solle. Ich bitte Sie, es zu tun."

„Das geschieht, Herr Karma!"

Wieder trat der Sekretär ein. „Neue Depeschen, Herr Donell! Wichtige Nachrichten aus Odessa und Kasan. Die Arbeitsarmee in Kasan meutert. Sie verlangt von jetzt ab eine Entlohnung von sechzig Kopeken für die Stunde."

Donell sah Karma an. „Die Arbeitsarmee, Herrn Karners größte Tat in Rußland, will man zerschlagen. Ich werde morgen nach Kasan fahren. Das Flugzeug soll früh um acht Uhr bereit sein."

„Jawohl, Herr Donell," sagte der Sekretär. „Aber wie wird es mit Petersburg? Dort liegen die Verhältnisse nicht so ungünstig, aber man wird gut tun, keine Zeit zu verlieren. Die Arbeitsarmee in Petersburg verlangt Verhandlungen über eine Entlohnung."

„Eine geldliche Entlohnung kommt nicht in Frage. Das ist Herrn Karners Wille. Tostedt, Sie werden heute noch nach Petersburg schreiben, daß ich binnen acht Tagen zu Verhandlungen komme."

* * *

Feodora Tomary hielt Maxim Donells Telegramm, das der Briefträger ihr gebracht hatte, in der zitternden Rechten. Es war in Zahlenchiffre abgefaßt. Sie übersetzte die Chiffre: „Rußland braucht Rostoff, oder Karners Werk zerbricht. Maxim Donell."

Feodora wollte die Schwäche überwältigen. Entsetzen war in ihrer Seele. So also stand es mit Rußland.

Sie preßte die Hände zu Fäusten und ging im Zimmer auf und ab. Die Schwüle im Zimmer bedrückte sie. Sie trat hinaus auf den Altan und sah auf den blühenden Garten.

Rostoff muß nach Rußland! Er muß zu Karner!

Unaufhörlich hämmerte sie sich diesen Gedanken ein.

Und sie kam zu keinem Entschluß. Hart waren ihre Züge, eisern war ihr Herz. Als sie dann wieder in das Zimmer der Kranken trat, mußte sie sich mühen, freundlich zu der Kranken zu sein.

* * *

Der Besitzer des Grundhofes traf den Briefträger und lud ihn zu einem Glas Bier ein. Der Briefträger nahm an, denn sein Dienst war gerade zu Ende.

„Telegramm an Hartmann gebracht?" erkundigte sich Tomme freundlich.

„Nee!" sagte der Briefträger wichtig. „An den nich! An die Russin, die im Hause is, von der sie sagen, daß es seine Geliebte sein soll. Feodora Tomary! Schöner Name . . . und ein hübsches Weib!"

„Sie sind 'n alter Schwerenöter, Postrat!"

Der Briefträger lachte wohlgefällig auf.

„Was mag wohl in so 'ner Depesche drinstehen? Bin verdammt neugierig. Haben Sie es nicht gelesen, Postrat?"

Wichtig nickte der Briefträger. „Geheimdepesche. Lauter Zahlen waren es."

„Donnerwetter! Das is ja ganz geheimnisvoll. Schade, schade, so 'ne Depesche, die hätt' ich gern mal gesehen."

„Da geht es Ihnen so wie mir. Ich bin genau so gespannt. Wer muß aus Moskau unter Chiffre an Feodora Tomary telegraphieren? Da steckt was dahinter."

„Sie hätten sich das Telegramm abschreiben sollen."

„Habe ich auch. Will mir's zuhause mal richtig angucken. Hier is es. Kann ja niemand lesen, is ja keen Postgeheimnis, das ich verletze."

„Keine Spur nicht," sagte Tomme beschwichtigend. Er war sehr erregt, als er auf das Blatt starrte.

Noch eine halbe Stunde blieb Tomme mit dem Briefträger zusammen, und die Zeit genügte ihm, um sich unbemerkt eine Abschrift der Chiffre zu machen.

* * *

„Abschrift vom Chiffretelegramm an die Tomary!" sagte Tomme wichtig. Welling erhob sich überrascht.

„Ausgezeichnet! Woher hast du es?"

„Dem Briefträger, der sich eine Abschrift gemacht hatte, abgeluchst. Jetzt strenge mal deinen Kopf an. Du mußt herauskriegen, was drin steht."

Welling machte sich mit Feuereifer daran, aber es wurde Mitternacht, ehe er die Lösung gefunden hatte.

Sie lautete: „Rußland braucht Rostoff, oder Karners Werk geht zugrunde. Maxim Donell."

Die beiden Männer sahen sich befriedigt an.

„Das ist wertvoll! Noch heute wirst du mit dem Motorrad nach Wolkenburg fahren und die Depesche an Mok aufgeben. Karners Werk ist also im Wanken!"

„Glaubst du, daß Rostoff geht?"

Welling schüttelte den Kopf. „Der Mann kann nicht, selbst wenn er wollte. Er ist mit Ketten an seine kranke Frau gebunden. Aber ich fürchte, daß das Telegramm Feodoro Tomary zu einem letzten Schritt treiben wird."

Christian Tomme raste eine halbe Stunde später nach Wolkenburg.

* * *

Kapitän Mok erhielt das Telegramm Wellings aus Wolkenburg. Er las es und war sehr befriedigt.

Unverzüglich fuhr er zum Außenminister, dem der britische Geheimdienst provisorisch untergeordnet war. Außenminister Lobell empfing ihn sofort. „Wichtige Nachrichten Herr Kapitän?"

„Ja, Sir! Welling telegraphiert aus Sachsen. Feodoro hat ein chiffriertes Telegramm aus Moskau erhalten. Es ist ihm gelungen, sich eine Abschrift zu verschaffen und er hat die Chiffre gelöst. Hier ist der Text."

Der Außenminister las gespannt: „Rußland braucht Rostoff oder Karners Werk zerbricht. Maxim Donell."

Befriedigt sah der Minister auf. „Diese Meldung ist nicht mit Gold zu bezahlen, Kapitän. Wir müssen handeln. Was haben Sie unternommen?"

„Ich habe unseren Vertrauensleuten den Text telegraphiert."

„Unsere Vertrauensleute in Rußland sind Russen."

„Bis auf einen, meinen Bruder, der sich in Petersburg aufhält und russischer Leutnant auf einem Schlachtschiff ist. Die Russen sind Angehörige des Sowjetbundes, der gegen Herrn Karner steht. Gestern erhielten wir bereits eine Reihe guter Meldungen. In Kasan, Petersburg und verschiedenen anderen Flecken ist die Arbeitsarmee aufsässig geworden. Wirklich, unsere russischen Verbündeten gegen Karner arbeiten gut."

Der Minister nickte befriedigt. „Es ist gut, Kapitän. Ich bin heute zum König befohlen — auch Sir Caine, das wird Sie interessieren — und werde Bericht erstatten. Ich lasse Sie morgen zu mir bitten."

* * *

Der deutsche Botschafter erhielt die Order seiner Regierung, umgehend und ausführlich über Karners Krankheit zu berichten. In den Berliner Regierungskreisen war man sehr bestürzt.

Er ging zu Maxim Donell und erfuhr, daß die Krankheit selbst nicht gefährlich war, aber daß Karner vielleicht wochenlang den Regierungsgeschäften fernbleiben mußte.

„Wir bemühen uns seid langem schon um die Mitarbeit eines Mannes, der anscheinend derjenige ist, den Karner braucht. Es ist Wladimir Rostoff. Ich kenne ihn von früher. Er ist ein Mann von Karners Format. Karner ist krank! Dieser Umstand genügt schon, um tausend Schwierigkeiten aufkommen zu lassen. Hunderte von Meldungen sind eingelaufen, die zum größten Teil die Arbeitsarmee betreffen und die zu Bedenken Anlaß geben. Man spürt: Karners Feinde sind wieder an der Arbeit."

Der deutsche Gesandte hörte Donell interessiert zu.

„Ist dieser Rostoff, dessen interessante Erinnerungen ich übrigens gelesen habe, nicht zu finden?"

„Wir haben ihn gefunden und Feodora Tomary zu ihm gesandt, aber er kann unserem Ruf nicht folgen. Er lebt in Deutschland, hat Frau und Kind, und seine Frau ist gelähmt."

Der Gesandte war erschüttert.

„So vermag er nicht, Frau und Kind der höheren Aufgabe zu opfern? Können Sie mir die Adresse Rostoffs sagen? Ich will meiner Regierung berichten und darum bitten, daß man dem Manne alle Sorgfalt angedeihen läßt."

Donell gab die Adresse und der Gesandte berichtete nach Deutschland.

* * *

Donell wollte sich gerade zu Karner begeben, als ihm Polizeikommissar Tukutschoff gemeldet wurde, ein Mann Ende der Zwanzig, der in seiner Aufgabe, Karner und sein Werk zu schützen, aufging.

„Zurück aus Petersburg?"

„Jawohl, Herr Donell!"

„Wer vertritt Sie jetzt dort?"

„Inspektor Kalenborg."

„Kein großes Licht, aber zuverlässig, und wenn man ihn auf eine Fährte setzt, dann ist er wie ein Bluthund. Was haben Sie erreicht?"

„Ich habe die Liste der Mitglieder des Sowjetbundes."

„Ausgezeichnet! Wieviel sind es?"

„Der Sowjetbund umfaßt 1827 Mitglieder."

„Eine stattliche Zahl. So viel entlassene Kommissare können doch nicht in Petersburg sitzen."

„Es sind viele unzufriedene Beamte in dem Bund, und es hat den Anschein, als ob die Besatzung der beiden Kreuzer „Lenin" und „Stalin" im Sinne des Sowjetbundes beeinflußt ist."

„Da heißt es sofort eingreifen!"

„Ich weiß auch das Lokal des Sowjetbundes. Er wird ständig überwacht. Die Truppen von Petersburg sind Karner unbedingt treu. Genosse Marek und Podolsa sind in Moskau. Der Vorsitzende Salpen ist nach Deutschland gereist. Wir haben sie in den Augen behalten. Es ist festgestellt worden, daß man auf das Palais Karners während seiner Krankheit ein Attentat ausüben will. Man hält den Augenblick für günstig. Seltsam ist aber, daß die beiden aus Petersburg ohne Gepäck gereist sind. Anscheinend erhalten sie das Bombenmaterial erst gesandt, oder sie haben in Moskau Helfer."

„Das Letzte wird stimmen," sagte Donell. „In Moskau existiert der Sowjetbund. Ich habe aber noch nicht eingreifen lassen. Herr Karner wünschte es nicht. Es ist gut, lieber Tukutschoff. Ich bin mit Ihnen zufrieden. Resümieren wir also: Der Sowjetbund in Petersburg bereitet eine Aktion gegen Karner vor. Wir müssen rechtzeitig eingreifen. Ferner: Wir spüren an verschiedenen Stellen bei der Arbeitsarmee, daß der Sowjetbund versucht, Zwietracht zu säen. Ich werde mit Herrn Karner reden."

* * *

Maxim Donell trat an das Krankenbett Karners.

Bleich und durchsichtig war das Antlitz des großen Mannes. Müde blickten die sonst so hellen Augen.

„Herr Karner, wie fühlen Sie sich?" fragte Donell herzlich und ehrerbietig.

Der Kranke richtete sich etwas auf und sah Donell traurig an. „Ich bin so müde! Es ist furchtbar! Ich möchte schlafen . . . immer schlafen, und ich muß doch wachen."

Karma trat zu dem Bett und sagte mit tiefer, warmer Stimme: „Bruder Karner, schone dich! Wir stehen zusammen und halten dein Werk, bis du es wieder mit aller Kraft leitest."

Karner nickte unmerklich.

„Wo ist Rostoff?" fragte er dann. „Ich muß ihn haben. Warum kommt er nicht?"

„Herr Karner . . . er ist an Weib und Kind gebunden."

„Er soll sie mitbringen nach Rußland. Wir wollen ihn nicht den Seinen wegnehmen."

„Seine Frau ist gelähmt, Herr Karner, sehr krank, wie mir Feodora Tomary schreibt."

„Ja, ja!" flüsterte Karner. „Das Schicksal ist nicht mit mir. Donell, Sie müssen zu Rostoff fahren. Sprechen Sie mit ihm und mit seinem Weibe und sagen Sie ihnen: Ich, Karner, ich bitte ihn, daß er kommt."

„Ich will reisen, Herr Karner. Aber . . . es wird nichts nützen. Zwei wurden eins, und reiße ich ihn von dem Weibe, dann ist seine Kraft nur halb."

Karner stöhnte auf.

„Ja, ja! Die Kraft ist halb, aber reisen Sie, Donell!"

Donell erhob sich.

„Ich reise, Herr Karner," sagte er und zog sich zurück.

Karma trat zu Karner.

„Sage mir, mein Bruder, ist er so gewaltig, der Mann, um den du so kämpfst?"

„Ja, Karma!" sagte Karner, und seine Augen leuchteten auf. „Er ist einer der wenigen unter den Menschen, in denen das heilige Feuer lodert, die zum Höchsten ausersehen sind."

„Kennst du ihn, Bruder Karner? Hast du ihn gesprochen?"

„Ich kenne ihn nicht! Aber ich kenne seine Handlung und weiß, was er für Rußland Großes leistete."

* * *

Jost Hartmann erschrak, als ihm Maxim Donell gemeldet wurde. Der kühne Abenteurer genoß größte Wertschätzung. Jost begrüßte ihn warm.

„Wir kennen uns, Wladimir Rostoff!" sagte Donell. „Entsinnen Sie sich noch? Wir saßen damals bei dem großen Bankett in Kasan zusammen. Auch dann kreuzten sich unsere Wege mehrmals. Sie waren der einzige, der mich immer erkannte, meine Maske mochte sein, wie sie wollte."

„Ich weiß es, Donell. Ich freue mich, daß Sie jetzt Karner dienen. Sie dienen dem Besten."

„Ich diene dem Besten, dem größten Manne des Jahrhunderts. Wahrlich, Sie sagen es, Wladimir Rostoff, und auch Sie sollen ihm dienen."

Ein gequälter Ausdruck war auf Rostoffs Zügen.

Er schüttelte den Kopf und sagte resigniert: „Ich kann nicht, Donell. Das Schicksal schlug mein Weib und es schlug somit auch mich. Meine Kräfte sind gebannt an sie, die ich liebe."

Donell sah, wie sehr Rostoff litt.

„Ist keine Aussicht auf Heilung vorhanden, Rostoff?" fragte er.

Rostoff zuckte die Achseln. „Die Aerzte und ich sind nicht im Klaren über die Ursache. Wir stehen machtlos vor einem Rätsel."

„Darf ich Ihre Frau sehen, Rostoff?"

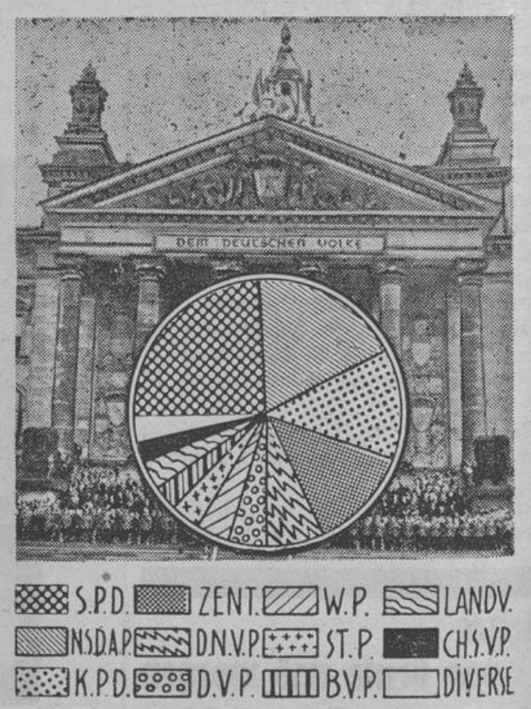
„Ja, Sie dürfen auch mit ihr sprechen. Sie verehrt Karner und will mich freigeben, wenn ich es verlange."

Donell starrte ihn an.

„Ihre Frau . . . will Sie freigeben? O, Rostoff, bei dem Leben Karners . . . nehmen Sie das Opfer an. Ich bitte Sie!"

Ein bitterer Zug war um Rostoffs Lippen.

Er legte beide Hände auf Donells Schultern und sah ihn an. „Haben Sie . . . schon einmal . . . im Leben geliebt, Donell?"



Die Verteilung der Reichstagsmandate nach der letzten Wahl

Unser Schaubild zeigt die prozentuale Verteilung der Parteien im Reichstag nach der Wahl vom Jahre 1930